

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 100 SONNTAG, 12. Mai 1935

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
Nazi-Vermögen in Holland
Inflationsvorspiel in Danzig
Menschenraub am laufenden Band
Was Hitler Streicher
versprochen hat

Die neue Terrorwelle

Tobsuchtsanfall nach der außenpolitischen Niederlage

Das System hat sich in eine schwere außenpolitische Verstrickung hineingearbeitet. Die Methode der Drohung durch Rüstung hat Widerstandskräfte wachgerufen, die nicht nur im Augenblick wirken, sondern auf sehr lange Zeit hinaus die internationale Stellung Deutschlands überschatten werden. Die Niederlage des Systems, die darin liegt, wird dem Volke in seiner Masse noch nicht sichtbar — aber das System selbst verspürt sie.

Es geht ein Zug der Unruhe und der Unsicherheit durch die führenden Kreise. Man beargwöhnt einander, und man beargwöhnt vor allem das Volk. Das Ergebnis dieser inneren Unsicherheit ist das Wiederaufleben des Terrors und des Verbrechens.

Es geht eine neue Terrorwelle über Deutschland. Massenverhaftungen sind an der Tagesordnung. Die Konzentrationslager werden aufgefüllt. Es wird gefoltert und gemordet. Der Tobsuchtsanfall des Systems geht nach allen Seiten, er bringt selbst Leute des Systems, die tief in seine Verbrechen verstrickt sind, zur Strecke.

Die illegale Opposition in Deutschland wird mit besonderem Haß verfolgt. Die in Deutschland lebenden und wirkenden Sozialdemokraten bringen abermals Blutopfer ihrer Gesinnung und ihres Heldentums. Wenn einst der Tag kommt, an dem die Geschichte ihres schweigenden Kampfes geschrieben werden wird, so werden alle jene außerhalb der deutschen Grenzen erschüttert stehen, die heute nur die Fassade des Dritten Reiches sehen und ein Pauschalurteil über das deutsche Volk fällen, weil ihr Blick nicht in die Tiefe dringt, wo in zähem und stillem Ringen sich die Kräfte der Erneuerung vorbereiten.

Das ist die Kehrseite der deutschen Kriegsrüstung. Das System, das zum Kriege treibt, gibt sich als den Ausdruck einer unaufhaltsamen, naturnotwendigen Dynamik des deutschen Volkes. Das ist die Methode der modernen Macht- und Eroberungspolitik. Sie behauptet einen mystischen Ausdehnungs- und Herrschaftswillen eines Volkes, sie schiebt die bösen Absichten der Diktatoren den Völkern zu. Diese Methode ist wirksam, besonders wenn die Bevölkerungsziffern eines großen Volkes dahintergestellt werden. Sie stößt auf Verständnis bei verwandten Herrschaftssystemen, und sie schwächt die Abwehrkraft der Lauen. Mit dieser Methode steht die Tatsache einer neuen allgemeinen Terrorwelle in Deutschland in Widerspruch.

Wie — dieses große Volk von fast 70 Millionen, das angeblich nur das eine Ziel kennt, sich bis an die Zähne zu bewaffnen, das angeblich im tiefsten Grunde nationalistischer und chauvinistischer ist als selbst die braunen Führer, muß mit Terror, Konzentrationslagern und Mord davon abgehalten werden, daß es anders will als Hitler und seine Leute? Wo bleibt das Märchen von der Volkseinheit, wenn der Terror niedergeht über alle Gliederungen des Volkes, über die Arbeiteropposition wie über die Intellektuellen, über die Christen wie über die Juden? Wer darf noch von einem einheitlichen Willen des deutschen Volkes sprechen, wenn die Tobsucht des Systems der sinnfälligste Beweis dafür ist, daß der Wille der Diktatoren nicht mit einem einheitlichen Volkswillen identisch ist? Wer darf von Zielen und Absichten des deutschen Volkes sprechen, wer darf Annahmen über künftige Linien

einer deutschen Volkspolitik machen, wenn heute nur Ziele und Absichten der Diktatoren über das deutsche Volk erkennbar sind?

Der neue deutsche Militarismus, diese tödliche Gefahr für den Frieden, dieser Schrecken Europas, ist ein Militarismus nicht des deutschen Volkes, sondern gegen das deutsche Volk.

Es ist ein Militarismus mit dem Stockprügel. Die Fassade heißt allgemeine Wehrpflicht — die Kehrseite heißt Konzentrationslager, Folterhöhlen, Mord. Es ist nicht Wehrpflicht, sondern Wehrzwang. Die Diktatoren berufen sich auf den deutschen Nationalismus — aber sie mühen sich ab, dem Volke diese Sorte von Nationalismus mit den barbarischsten Mitteln einzubläuen. Wo ist hier die naturnotwendige Dynamik des deutschen Nationalismus, die verändernd über die Landkarte Europas hinwegfahren soll?

Das barbarische braune System starrt von Waffen. Es quetscht den letzten Pfennig aus dem Volke, um Flugzeuge, Panzerschiffe, U-Boote, Tanks, Geschütze zu bauen. Es will immer noch mehr Waffen! Es kennt keinen anderen Zweck als den Kriegszweck. Es ist die System gewordene Raserei der Kriegswissenschaft. Es ist die letzte Steigerung der Organisation für den Krieg, eine Spitzenleistung der technischen Vorbereitung. Es ist der wahre technizistische Materialismus in der höchsten Potenz. Aber die Kehrseite ist die neue Terrorwelle.

Es gibt zwei Voraussetzungen des Terrors: Die Furcht der Terroristen und den Widerstandswillen ihrer Opfer. Die neue Terrorwelle beweist darum zweierlei: daß in Deutschland lebendiger Widerstand wirkt, und daß die Männer des Systems in Sorge sind. Sie wissen es und sie fühlen es, daß hinter ihrer technisch lückenlosen Rüstung, hinter ihrer

drohenden Kriegsorganisation etwas lebt, über das sie nicht Herr sind, dessen Stärke vor morgen sie noch viel weniger abmessen können als seine Stärke von heute.

Moralische Werte und geistig-politische Werte sind in der waffenstarrten Welt von heute wenig gefragt. Aber das ist die große Schwäche der Kriegstreiber, der Nationalsozialisten und Faschisten, daß ihr System keinerlei Verhältnis zu diesen Werten hat — außer dem Glauben, daß man sie durch technisch-psychologische Kunstgriffe und Techniken der Massenbeherrschung zu Boden treten könne. Aber sind diese Werte darum tot? Mit prahlerischer Geste verkünden die deutschen Militaristen und Kriegstreiber die Ueberlegenheit ihres politischen Systems über freiheitliche Systeme für die Zwecke der Kriegsrüstung und Kriegführung. Es ist eine alte Geschichte, und der preußisch-deutsche Militarismus hat schon einmal mit negativem Erfolg die Probe aufs Exempel gemacht.

Eine neue Terrorwelle in Deutschland — das ist wahrhaftig die genialste Vorbereitung für den Sieg, das ist fürwahr die beste Methode, um den Völkern zu zeigen, wie fest und einheitlich das deutsche Volk hinter den braunen Diktatoren steht! Den Opfern dieser neuen Terrorwelle gilt unser ganzes Mitgefühl — aber wir wehren uns! Wir reden zu den Kräften in der Tiefe des Volkes, die nach Befreiung von diesem wahnwitzigen, verbrecherischen System lechzen, wir fördern den wahren, den unterdrückten Willen des Volkes.

Wird angesichts dieser neuen Terrorwelle sich nun endlich in der Welt das Verständnis dafür durchsetzen, daß die zur Rüstung gezwungenen, tief erschrockenen Völker Europas und das deutsche Volk gemeinsam ein Interesse haben — das Interesse am Sturz eines Systems, das die Deutschen mit Terror, die andern mit Krieg bedroht?

Berlin in Not

Hilfeschrei an die Reichsregierung.

Neben dem offiziellen, natürlich frisiertem Etat, den die Stadt Berlin veröffentlicht hat, hat sie gleichzeitig der Reichsregierung eine geheime Denkschrift überreicht, die ein einziger Not-schrei ist. In dieser Denkschrift wird die finanziell prekäre Lage der Stadt geschildert und dringend Hilfe gefordert. Wenn das Reich nicht mit großen Beihilfen eingreife — so heißt es in der Denkschrift — werde die Stadt Berlin sehr bald nicht mehr Gehälter und Löhne auszahlen können. Gleichzeitig sind Sparmaßnahmen in Angriff genommen worden.

Als erste Folge sind Verkehrsbeschränkungen durchgeführt worden. 26 Straßenbahnlinien wurden zum Teil sehr wesentlich verkürzt (insbesondere die Außenlinien), 6 Autobuslinien wurden überhaupt eingestellt. Für die Bevölkerung sind dadurch erhöhte Fahrtkosten und längere Fahrzeit entstanden, da viele Leute nun mehr als bisher umsteigen müssen. Diese Verkehrsbeschränkung hat übrigens auch zu Differenzen in den leitenden Stellen des Magistrats geführt. Während das Verkehrsdezernat auf der Verkehrsbeschränkung bestand, hat sich der Nationalsozialist Engel aus propagandistischen Gründen gegen die Beschränkung ausgesprochen.

Zu Entlassungen ist es in der BVG aus diesem Grund offenbar noch nicht gekommen. Jedoch sind die Straßenbahner insofern davon betroffen worden, als sie jetzt vielfach geteilten Dienst machen müssen (zur besseren Bewältigung der Verkehrsspitzen), in den seltensten Fällen arbeiten sie noch acht Stunden.

Die Bevölkerung ist, soweit sie von dieser Einschränkung betroffen wird, ungehalten und schimpft.

Kapitalflucht durch Nazi-Führer

Privatvermögen der führenden Nazis nach Holland verschoben

HIER hat prahlerisch verkündet, daß das nationalsozialistische System 1000 Jahre über Deutschland herrschen werde. Nach dieser Prophezeiung müßte man glauben, daß die nationalsozialistischen Führer von einem feinsten Glauben an sich selbst und an die Stabilität dieser Herrschaft erfüllt seien. Wir sind in der Lage, eine Tatsache mitzuteilen, die das Selbstvertrauen und das Sicherheitsgefühl der nationalsozialistischen Führer in ganz anderem Lichte zeigt:

Eine Reihe der prominenten Nazi-Führer hat die Vermögen, die sie seit 1933 zusammengeraubt und zusammengegrafft haben, nach Holland verschoben und bei holländischen Banken angelegt.

Ueber die Methoden, mit denen die braunen Führer Riesenvermögen erworben haben, ist kein Wort weiter zu verlieren — sie laufen auf Raub, Erpressung, Korruption hinaus. Wichtiger noch ist die Tatsache, daß die Räuber den Raub der deutschen Volkswirtschaft entziehen. Devisenschlebung und Kapitalflucht im großen — das hat noch zu dem Charakterbild der Naziführer gefehlt. Das ist ihre wahre nationale Gesinnung!

Wenn der Krieg beginnt, muß das deut-

sche Volk bluten — aber die Schuldigen haben ihre Schäflein im Trockenen. Sie werden nicht Gold für Eisen geben, sie werden keine Kriegsanleihen zeichnen — denn ihre Vermögen sind im neutralen Ausland. Vielleicht gehen sie dann ihrem Vermögen nach, statt an die Front!

Oder fürchten die Herren die Inflation in Deutschland? Es sind viele unter ihnen, die ausgesprochene Inflationstreiber sind. Sie können es ganz unbesorgt: ihr Geld liegt vor Entwertung sicher in Holland. Mein Nutz geht vor Dein Nutz!

Krieg und Inflation aber sind nicht die einzigen Motive, die diese »nationalen« Führer, diese Halbgötter des »Nationalsozialismus« zur Kapitalverschlebung nach Holland bewegen haben. Sie glauben nicht an ihre eigenen Prophezeiungen, sie glauben nicht an die Beglückung und den Aufstieg des deutschen Volkes, sie glauben nicht an die Stabilität ihrer Herrschaft.

Das böse Gewissen sitzt ihnen im Genick, und sie sind heute schon darauf bedacht, ihre künftige Emigration aus dem von den braunen Ketten befreiten Deutschland zu finanzieren.

Tausend Jahre wollten sie herrschen — aber heute schon sichern sie den Raub und wie sie meinen, den Rückzug aus dem beraubten und ruinierten Lande. Schon neigen sich die tausend Jahre dem Ende zu!

Ausgebürgert!

Der Polizeipräsident von Berlin veröffentlicht eine neue Liste des Widerrufs von Einbürgerungen (Reichsanzeiger Nr. 103), die diesmal 70 Namen von Nichtariern enthält, denen die in der Zeit vom 9. November 1918 bis zum 30. Januar 1933 durch Einbürgerung erworbene preußische Staatsangehörigkeit aberkannt wird. Auf der Liste befindet sich Max Beer, der bekannte sozialistische Schriftsteller, dessen Bücher »Die Geschichte des Sozialismus in England« und »Allgemeine Geschichte des Sozialismus« in Zehntausenden von Exemplaren verbreitet sind, außerdem Emil Lederer, zuletzt ordentlicher Professor der Nationalökonomie an der Universität Berlin. Lederer, der schon 1910 als Privatdozent an der Universität Heidelberg seine Lehrtätigkeit in Deutschland begann, ist gegenwärtig Professor an der New School of Social Research in New York.

Neue Illusionen?

Tiefe Unruhe hat die europäischen Völker und Regierungen erfaßt. Der russisch-französische Sicherheitsvertrag ist abgeschlossen. An der Vorbereitung eines Donaupaktes wird gearbeitet. Alle Konferenzarbeit und alle Diplomatie aber wird überschattet von der Tatsache der Rüstungen an allen Ecken und Enden.

Vor allem ist ein tiefer Schatten über das Sicherheitsgefühl des englischen Volkes gefallen. Auch für das englische Volk beginnt jetzt die Zeit der Rüstungen, der Luftschutzübungen, der erhöhten finanziellen Anforderungen für die Rüstung. Die letzte große Debatte im Unterhaus zeigt, daß England aus gefährlichen Illusionen erwacht. Macdonald hat in einem Aufsatz in News Letter die Verantwortung der Hitlerregierung für die ungeheure gespannte Lage in Europa betont. Sir John Simon hat eine müde, aber tiefe Skepsis zu erkennen gegeben — Churchill und noch mehr Sir A. Chamberlain haben unbarmherzig die katastrophalen Möglichkeiten der nächsten Zukunft gezeigt. Das englische Unterhaus ist eines der wenigen noch funktionierenden großen Parlamente in Europa. Gerade in diesen Tagen, in denen die Völker in den diktatorisch regierten Ländern in dumpfer Erwartung, ohne Parlament, ohne Presse, ohne Freiheit, dem Unheil entgegensehen müssen, geht von solchen Parlamentsdebatten heilsame Klärung aus. Niemand kann mehr zweifeln, daß im Falle eines kriegerischen Vorstoßes Deutschlands auch England der Koalition gegen Hitler beitreten würde.

Man erwartet in der kommenden Woche eine Rede Hitlers über die außenpolitische Lage. Es gibt Illusionisten, die von einer Hitlerrede Entspannung erwarten, die noch nicht gelernt haben, daß Worte und Taten zweierlei sind! Man spricht von einer Wiederholung seiner Rede vom 17. Mai 1933. Aber wer will vergessen, daß auf diese Rede der Austritt aus dem Völkerbund und die deutsche Aufrüstung folgte? Wer ist so kühn, den Frieden Europas aufbauen zu wollen auf eine Rede Hitlers, die er vor jener Versammlung halten wird, die immer noch »Deutscher Reichstag« genannt wird?

Ihr müßt ihm auf die Fäuste sehen, nicht aufs Maul!

Bäckerarbeit mit Tarnung und Gasmasken

Zuweilen sieht der moderne Krieg außerordentlich harmlos aus. Hat da kürzlich bei Gsnabrück eine motorisierte Bäckereikompanie geübt, die manchen Soldaten vielleicht garnicht als militärische Tätigkeit erscheinen wollte. Aber der Krieg zivilisiert sich eben, wie das zivile Leben umgekehrt immer mehr militarisiert wird. Nachdem der Krieg zum Volkskrieg im wahren Sinne des Wortes geworden ist, hat alles und jeder kriegertischen Rang. Die allgemeine Wehrpflicht wird von dem weitergehenden Begriff der allgemeinen Kriegsdienstpflicht übertroffen. Krieg wird in Zivil oder Berufskleidung ebenso geführt wie in der militärischen Uniform. Das lehrte uns auch die Übung der motorisierten Bäckereikompanie der Reichswehr. Im deutschen Heer hat jede Division eine Bäckereikompanie, die 20 Kilometer pro Stunde zurücklegen kann. Entsprechend der allgemeinen Motorisierung ist auch die Bäckerei motorisiert. Die Soldaten-Bäcker arbeiten wie zu Hause, aber die aufgestellten Zelte werden getarnt, um sie dem wachsamem Auge der Flieger und der vernichtenden Wirkung seiner Bomben zu entziehen. Schließlich haben die Handwerker-Soldaten eine Trommel über die Schulter gehängt, deren Inhalt schon einen anderen Eindruck von diesen scheinbaren Zivilisten vermittelt. Da drinnen ist nämlich eine Gasmasken. Die Bäcker müssen in der Lage sein, wenn es notwendig ist, auch mit aufgesetzten Masken ihre Kriegsarbeit zu verrichten. Die in der deutschen Presse veröffentlichten Bilder von diesem Bäckermanöver sind in Wirklichkeit weitaus militärischer als sie erscheinen, aber sie haben nichts mit Militärspielerien zu tun, wie sie heute noch vielfach in deutschen Jugend- und Wehrverbänden zu finden sind. Die Übung wurde nämlich von der Reichswehr veranstaltet und war im militärischen Sinne daher außerordentlich zeitgemäß.

Bestrafte Erkenntnis

Wie die westfälische Nazipresse mitteilt, ist der Vorsitzende des Essener Brieftaubenzüchterverbandes — ein Nazi — seines Postens entbunden worden, weil er in einer Versammlung erklärt hatte, »der Rückgang des Brieftaubensports ist auf die Verelendung der breiten Massen in den letzten zwei Jahren zurückzuführen.«

Die Verbrechen des Systems

Dem Andenken

Fritz Husemann

Der Internationale Gewerkschaftsbund veröffentlicht folgende Kundgebung:

Wir leben in einer Zeit, wo das Sterben Formen angenommen hat, die bis jetzt keine menschliche Gemeinheit und Niedrigkeit auszudenken vermochte. Offene Hinrichtungen und offener Mord sind so zahlreich geworden und haben das Sündenregister der Hitler-Regierung derart anschwellen lassen, daß sie im Interesse ihres »Prestiges« neue und weniger kompromittierende Todesarten erfinden mußte: man wird auf der Flucht erschossen. Diese »Flucht« ist eine Flucht der Henker vor der Weltmeinung, die maßlose Feigheit von Gewohnheitsverbrechern, die bei ihrem Handwerk so kühlen Blutes zu Werke gehen, daß sie sich nicht genau überlegen, wie sie die Spur ihres Verbrechens am besten verwischen können.

So ist auch Husemann, der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes und ehemalige Vorsitzende der Internationale der Bergarbeiter, auf der Flucht erschossen worden.

Sein Name wird dazu beitragen, die Verachtung der Welt für die Henker in Berlin zu steigern. Er ist als Träger eines Geistes gefallen, der die faschistischen »Erneuerer« überleben wird und muß!

Mord für Hilfsbereitschaft!

Ueber die Vorgeschichte der Ermordung Fritz Husemanns erfahren wir:

Fritz Husemann hatte den Versuch gemacht, zugunsten einiger Verbandskameraden vor deutschen Gerichten Schadenersatzansprüche anzubringen. Die Tatsache, daß er mit diesen Kameraden über die Sache Korrespondenz führte und ihnen die erforderlichen Schriftstücke ausarbeitete und zuschickte, sollte ihm zum Verhängnis werden. Durch einen Zufall oder durch die gutgläubige Indiskretion eines Beteiligten erfuhren die amtlichen Nazistellen von der Sache. Sie bestellten Husemann zum Verhör. Er bekannte sich dort zu der Hilfeleistung. Die Gestapo benutzte das freimütige Geständnis Husemanns, um ihn der Bildung einer staatsfeindlichen Vereinigung zu beschuldigen. Die Folge war seine Unterbringung in einem Gefängnis und im Konzentrationslager Börgermoor. Fritz Husemann ist wahrscheinlich gleich nach seiner Ver-

nehmung schwer mißhandelt worden. Dann wurde er ermordet. Die braunen Bonzen und Gewerkschaftsräuber haben diesen wahren Arbeiterführer kaltblütig beseitigt.

Lampersberger und Jacob

Das System hat sich im Falle Lampersberger auf die bekannte Methode der zynischen Ableugnung gelegt. Es behauptet, daß Lampersberger auf deutschem Gebiet verhaftet worden sei. Diese Behauptung wird durch Photographien Lügen gestraft, die deutlich die Kampfspuren auf tschechoslowakischem Gebiet zeigen. Die tschechoslowakischen Behörden haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nach Beendigung ihrer Feststellungen energische Protestschritte unternehmen werden.

Das Opfer des braunen Banditismus, Lampersberger, soll in schwer verletztem Zustand in Landshut liegen.

Im Falle Jacob hat das System sich bequem, seine Zustimmung zu einem Schiedsverfahren zu geben. Eine andere Haltung hätte einen neuen braunen Vertragsbruch, eine neue Demonstration der Willkür dargestellt. Aber noch hat das System genug Mittel der Sabotage und der Verschleppung. Und das Opfer? Das System teilt mit, Jacob sei noch am Leben und werde verhört.

Man weiß, was das bedeutet!

Menschenraub am laufenden Band Der Fall Gutzeit.

Noch ist die Erregung über die Fälle Formis, Jacob, Lampersberger nicht abgeklungen, als aus Holland ein neuer Fall von Menschenraub bekannt wird, dessen Brutalität und Niedertracht alles bisherige in den Schatten stellt. Er hat aber auch die Eigenschaft bis ins letzte durch Geständnisse der Beteiligten aufgeklärt zu sein. Hier hilft den Menschenräufern des Dritten Reiches selbst ihr dreistes Leugnen nicht.

Bereits vor einiger Zeit hatte der liberale Abgeordnete Boon an die holländische Regierung eine Anfrage wegen der Entführung eines Deutschen namens Gutzeit aus Holland gerichtet. Jetzt ist über den Tatbestand folgendes bekannt geworden:

In Hengelo, nahe der deutschen Grenze, hatte sich vor einiger Zeit ein deutscher Steinmetz namens Ernst P. Gutzeit niedergelassen. Er stammte aus Detmold, war

ursprünglich Anhänger der Hitlerbewegung gewesen, aber aus unaufgeklärten Gründen später mit dieser zerfallen. Weib und Kind dabei lassend, war G. aus Deutschland geflüchtet. Seine Frau hatte ihm öfters geschrieben, er möchte heimkehren, es würde ihm nichts geschehen. G. jedoch vermutete eine Falle und bezeugte im Gegenteil den Wunsch, an einen von der Grenze entfernteren Ort zu kommen.

Hierauf gründeten die Menschenräuber ihren Plan. Ein gewisser Klein-Snuverink aus Haarlem, holländischer Untertan, schrieb an G., er könne ihm eine Anstellung in Haarlem verschaffen. G., erfreut, sagte zu. K.-S. holte nun das Opfer abends im Auto ab, schlug aber, unter dem Vorwand, noch einen Hund mitnehmen zu sollen, den Weg nach der deutschen Grenze ein. Der Schlagbaum stand, genau wie im Fall Jacob, verabredetermaßen offen, und G. befand sich plötzlich auf deutschem Boden, wo die Schergen der Gestapo ihn bereits erwarteten.

Der Fall wurde indessen in Hengelo durch den Chauffeur des Autos ruckbar, der unwissentlich zum Werkzeug des Komplotts geworden war. Der Untersuchungsrichter in Almelo leitete ein Verfahren ein, und vor ihm legte Klein-Snuverink ein volles Geständnis ab. Der Hauptpunkt des Geständnisses ist:

Klein-Snuverink hat die Entführung auf Veranlassung des deutschen Kriminalkommissars Kruschwitz ausgeführt, der ihm eine Belohnung von einhundert Mark dafür gezahlt hat.

Kruschwitz, der des Öfteren nach Holland zu kommen pflegt, wurde bei einem Besuch verhaftet und gleichfalls dem Untersuchungsrichter in Almelo vorgeführt. Vor ihm bestätigte Kruschwitz zu Protokoll sämtliche Angaben Klein-Snuverinks. Der Untersuchungsrichter ließ Kruschwitz — leider — frei, nachdem dieser ehrenwörtlich sich bereit erklärt hatte, jederzeit in der Sache sich zur Verfügung stellen zu wollen. Den Wert solcher Nazi-Ehrenworte kennt man in Deutschland aus Erfahrung mit allerprominentesten Persönlichkeiten!

Jedenfalls ist eins sicher: Nach den beiden Geständnissen gibt es in der Sache selbst kein Entrinnen mehr. Die Menschenraub-Methoden des Dritten Reichs unter Beteiligung amtlicher Stellen und Organe sind dokumentarisch erwiesen!

Braune Mai-Dämmerung

Berichten aus deutschen Großstädten

Die gleichgeschalteten Maifeiern streuen niemanden mehr Sand in die Augen. Wohl werden noch Massen zusammengetrieben — aber die Unlust der Gezwungenen, die passive Resistenz wird so sichtbar, daß nur noch das trübe Bild einer gestellten Zwangsfeier bleibt. Von Hoffnungen, Erwartungen, Vertrauen keine Spur! Wir geben einige Berichte wieder, die uns aus deutschen Großstädten zugegangen sind.

Berlin

Im großen und ganzen bot sich dasselbe Bild wie im Vorjahre. Der Zwang zum Antreten war allgemein. Die Absperrung auf dem Tempelhofer Feld war noch schärfer als vor einem Jahr. Wer erst einmal auf dem Tempelhofer Feld selbst angelangt war, konnte nicht mehr herunter.

Aber schon auf dem Anmarsch haben sich nach bekannter Übung wieder große Massen verdrückt.

Alle Verkehrsmittel, die vom Tempelhofer Feld in die Stadt zurückführen, waren schon um 11 und 12 Uhr übertollt, die Gesamtbeteiligung hat durch das schlechte Wetter gelitten. Die Teilnahme von Frauen über 40 Jahre war diesmal als unerwünscht bezeichnet worden. Die Reden, die auf der Maifeier gehalten wurden, haben so gut wie keinen Eindruck gemacht. Das Versprechen Hitlers, die Arbeitslosigkeit noch in diesem Jahre völlig zu beseitigen, wurde sehr kühl aufgenommen. Die Rede Hitlers war gänzlich inhaltslos und flau, er selbst wirkte matt. Nur die bestellten Schreier riefen überlaut Belfall.

Nachmittags haben dann zum Teil Betriebsgemeinschaftsfeiern stattgefunden, bei denen es Freibier und warme Würste gab. Bei einem Betrieb war es z. B. so geregelt, daß sich die Leute die Biermarken beim

Meister einzeln abholen mußten. Das wurde ihnen natürlich bald zu dumm, so daß viele Arbeiter es vorzogen, zu verschwinden und die ganze Gemeinschaftsfeier ein vorzeitiges Ende fand.

Viele Kreise der sozialistischen Opposition veranstalteten am 1. Mai in Ausflugslokalen usw. Zusammentreffen, die als Kaffeekochen usw. getarnt wurden. Bei diesen Zusammentreffen waren die Genossen, weil das Wetter sehr schlecht war, meist ganz unter sich. Es wurden gemeinsam Lieder gesungen, natürlich unparteiliche, z. B. Arbeiterjugendlieder, Wanderlieder usw., aber auch »Wenn wir schreiten Seit' an Seite«.

Breslau

Die Beteiligung an der braunen Maifeier hat trotz stärksten Zwanges nur etwa zwei Drittel des Vorjahres betragen. Während des Marsches liefen die Arbeiter in heilen Scharen aus dem Zuge — nur noch etwa die Hälfte der zwangsweise Zusammengetriebenen langte bei der Kundgebung an.

München

Die Maifeier war in diesem Jahre ein großes Fiasko für die Nazis. An den Sammelplätzen herrschte katastrophale Leere — man kann schon von einer Demonstration der Nicht-Erschienenen sprechen. Gegen 11 Uhr vormittags ließ deshalb die Naziführung durch den Rundfunk mitteilen, daß die Kundgebung auf der Theresienwiese abgesagt sei. Man berief sich dabei auf das schlechte Wetter, das den Boden der Theresienwiese sumpfig gemacht habe.

Zwickau

Die Absperrung des Hindenburgplatzes hatte dieses Mal nicht die SA, sondern die

Feldjägertruppe übernommen. Bei der Kundgebung war nur die Hakenkreuzfahne von einer Abteilung SA begleitet, während der übrige Teil in Zivil erschienen war. Wer an der Kundgebung nicht mit teilnahm, erhielt von dem Unternehmer keine Bezahlung dieses Tages. Ohne jede Musikbegleitung mußten die Belegschaften des Morgens antreten und wurden durch die Meister und Betriebsobleute abgezählt und nach dem Hindenburgplatz zur Kundgebung geführt. Während dieses Marsches hörte man fortgesetzt die Rufe: »Nachrücken, nachrücken!«

An jeder Bedürfnisanstalt waren die Leute ausgetreten, um dann das Weiße zu suchen. Wußten doch die Leute, daß der Platz durch die Feldjäger abgesperrt war und dann ein Entweichen unmöglich erschien.

Ihr Lohn konnte ihnen nicht mehr verloren gehen, da sie sich des Morgens zur Kontrolle gestellt hatten. Im Gegensatz zum Vorjahre fehlten diesmal die Unternehmer, alle Beamte, Richter und Staatsanwälte, die Polizei und die Gewerbetreibenden und der rühmlichst bekannte Festwagen. Auch fehlte die Ausschmückung des Hindenburgplatzes mit Ausnahme einiger Fahnen. Weder das sonst übliche Tannengrün noch sonstiger Schmuck war in diesem Jahre verwendet worden. Die Ehrenporten fehlten ebenfalls, die im letzten Jahre so übermäßig aufgerichtet waren. Die Beflaggung der Stadt war nach dem Bericht geradezu kläglich zu nennen. Also, der Rausch über die schöne »Volksgemeinschaft« ist recht schnell bei den Unternehmern und sonstigen sauer geworden. Am Abend sollte ein Kommers stattfinden, bei dem jedem Teilnehmer drei Glas Bier gespendet werden sollten. Auch dieser Besuch war einmal infolge des Eintrittsgeldes von 50 Pfg. sehr mangelhaft. Der Arbeiter scheint doch schon klar zu erkennen, wohin die Fahrt gehen soll!

Deutsche Streiflichter Brandstiftung?

In Rheydt, der Geburtsstadt des Josef Göbbels, ist der größte Konzertsaal, der schon für die Feier des ersten Mai geschmückt war, in der Nacht zum 30. April abgebrannt. Die Bevölkerung von Rheydt, die längst in ihrer Mehrheit vom Nationalsozialismus und seinem Propagandaminister angewidert ist, nimmt Brandstiftung als Protest gegen die kommandierte und mißbrauchte Maifeier an, und auch viele Bürger beurteilen das Flammenzeichen mit Sympathie für seine Urheber. Die nationalsozialistischen Führer, so sagt man, hätten am Reichstagsgebäude die Brandstiftung als politisches Kampfmittel eingeführt, und man dürfe sich nicht wundern, wenn das Beispiel von Reichministern in der unterdrückten Bevölkerung nachgeahmt werde.

Wie sehr sich das Verhältnis zwischen dem »Zivil« und den Uniformierten der Diktatur verschlechtert, zeigt die Erschießung des Arbeitsdienstmannes Erich Koch in Kirchhunden bei Siegen. Die Kugel hat allerdings nicht dem Arbeitsdienstmann, sondern seinem Gruppenführer gegolten, der sich durch sein arrogantes Aufsehen verhaßt gemacht hat. Als angeblicher Täter wurde ein 66jähriger Beamter verhaftet. Neben ihm wurden auch der Ortspfarrer und eine Reihe geachteter Einwohner von Kirchhunden eingesperrt, die sich »böswillig« über den Nationalsozialismus und sogar über seinen höchsten Führer geäußert haben sollen. Der Vorfall und die Verhaftungen erregen weithin ungeheures Aufsehen, weil es sich hier keineswegs um eine »marxistisch versuchte« Gegend handelt, sondern um ein Gebiet, das schon immer sehr antisemitisch und völkisch und deshalb schon lange vor der »nationalen Revolution« dem Hitlerismus verfallen war.

Die antimilitarisierte Zone

In der ausländischen Presse wird lebhaft diskutiert, ob die Nachrichten stimmen, daß Deutschland die Vertragsbestimmungen über die entmilitarisierte Zone am Rhein verletze. In dieser Zone, die an den Brückenköpfen bis auf das rechte Rheinufer übergreift, ist dem Deutschen Reich durch den Vertrag von Versailles verboten, militärische Garnisonen zu unterhalten, Befestigungen anzulegen und irgendwelche Vorbereitungen für die Mobilisierung zu treffen. Es scheint wirklich im Auslande noch einige harmlose Journalisten und Politiker zu geben, die glauben, daß das »Dritte Reich« auf die Artikel 42 bis 44 des Versailler Vertrages noch irgendwelche Rücksicht nehme, nachdem es die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hat. In Wahrheit machen die Militärs aus der Verletzung auch gar kein Hehl, und selbst die Anlage von Befestigungsarbeiten wird kaum noch verheimlicht. Höchstens, daß man sie als Luftschutzmaßnahmen zu tarnen versucht. Tatsache ist, daß die Rheinlinie in stärkstem Tempo und mit den modernsten Mitteln befestigt wird, um ein Gegengewicht für den gewaltigen Festungsgürtel Frankreichs an seiner Ostgrenze zu schaffen. Wie soll denn auch so etwas verheimlicht werden können, wenn beispielsweise der ehemalige Schießplatz von Wahn bei Köln, einer der größten im Kaiserreiche, der nach dem Kriege für das Publikum freigegeben war und ein Volkspark werden sollte, nun für jeden zivilen Verkehr weit stärker gesperrt ist, als es jemals in Vorkriegszeiten der Fall war. Die dort mit Erd- und Betonarbeiten beschäftigten Leute haben strengste Schweigepflicht und Photographieren ist im weiten Umkreis verboten.

Charakteristisch ist übrigens das ganz verschiedene Verhalten der Grenzbevölkerung in Deutschland und in Frankreich — Belgien. Während die Franzosen und die Belgier einen deutschen Angriff so sehr fürchten, daß viele Privatleute in der Grenzzone geplante Hausbauten zurückstellen, Neubauten im Rohbau stehen lassen und der Immobilienverkehr in den Grenzorten stockt, weiß die deutsche Diktatur den Leuten im Rheinland einzureden, daß infolge der deutschen Aufrüstung der Friede gesichert sei. Kommt der Krieg dennoch, so ist das harmlose Dritte Reich »im tiefsten Frieden überfallen«, und die Wut der zetauschten Massen wird gegen das böse Ausland gerichtet, das den Deutschen weder die Ehre, noch die Mittel zur Verteidigung, noch die Möglichkeit eines neuen Wohlstandes gönne.

Beschlagnahme Kirchenblätter

Zahlreiche deutsche katholische Kirchenblätter sind verboten worden, weil sie zum katholischen Erziehungstakt am 5. Mai einen

Krieg und Profit

Die Illusionen eines Militärs

Die Totalisierung des Krieges zwingt die Militärs, sich mit allen gesellschaftlichen Erscheinungen auseinanderzusetzen. Es ist eine neue Wissenschaft entstanden, man könnte sie Wehrsoziologie nennen. Schacht hat das noch nicht begriffen, denn als Ludendorff eine Broschüre über Währungsfragen herausgab, sagte Hitlers Wirtschaftspolitiker, was würde wohl Ludendorff davon halten, wenn er, Herr Schacht, eine Broschüre über den modernen Festungskrieg schreiben würde. Ludendorff aber hat geantwortet, daß auch die Währung Gegenstand militärischer Studien sein müsse, das habe nicht erst der Weltkrieg bewiesen.

Jüngst hat nun Diplom-Ingenieur Heinz Schmid, der Hauptmann und Artilleriechef im Artillerieregiment Münster ist, eine bemerkenswerte Broschüre über »Kriegsgewinne und Wirtschaft« veröffentlicht, die zugleich eine vernichtende Kritik an Hitlers Bundesgenossen ist. Schmid meint, daß der Frage der Kriegsgewinne »nicht mehr länger aus dem Wege gegangen werden darf, also wird es heute seiner Meinung nach noch getan. Er ist auch der Auffassung, daß die Aktiengesellschaften weitaus schärfer unter Kontrolle genommen werden müßten, als dies nach geltendem Recht geschehen darf. Das »geltende Aktienrecht ist aber nach dem Siege Hitlers zustandekommen! Schmid weiß das sicher, und darum kommt in seiner ganzen Broschüre auch keine der üblichen Verbeugungen vor dem Führer der nationalen Erhebung vor, vielmehr geht der Verfasser nüchtern und mit soliden Kenntnissen und Erkenntnissen an die heikle Frage der Kriegsgewinne heran. Wieder einmal kommt dabei eine Auffassung über die Ursache des Zusammenbruches zum Ausdruck, die zu der Dolchstoßlegende schlecht paßt, denn Schmid betont:

»Die Tatsache des vom Reich nicht gebildigten »Gewinnrausches der Bevorzugten« hat entscheidend zu unserem Zusammenbruch im Jahre 1918 beigetragen.«

Dabei kommen aus einer offiziellen Reichswehrquelle vernichtende Tatsachen aus dem Weltkrieg ans Tageslicht. Besonders grell wird die Schwerindustrie beleuchtet, die Bundesgenossen Hitlers kommen sehr schlecht weg.

»Im ganzen gesehen, aber hat es gerade in der Schwerindustrie offensichtlich an Einsicht gefehlt. Trotz der Monopolstellung

hätte man sich mit maßvollen Gewinnen begnügen müssen. Das Reich hat durch mangelhafte Handhabung seiner Preispolitik die Auswüchse kaum bekämpft. Die Denkschrift des Generals Gröner vom 12. Juni 1917 über Preistreiber, Rohstoffe, Arbeitslöhne blieb ein vergeblicher Warnruf. Der General wurde aus seiner Stellung als Leiter des Kriegsamtes verdrängt. Er scheint als unbehagen empfunden worden zu sein, weil er die Dinge klarer sah, als es der Großindustrie und der von ihr abhängigen Presse genehm war.«

Immer wieder verweist Schmid auf die Gegensätze im Kriege und er führt Fälle an, aus denen klar hervorgeht, daß beispielsweise die Kriegsmetall-Aktiengesellschaft sich schärfstens gegen die Kriegserohstoffabteilung wandte, weil diese die sprunghafte Erhöhung des Preises für einen bestimmten Posten Aluminium als Wucher bezeichnete. Die Aktiengesellschaft verwandte sich mit Erfolg für Wiederrufung des amtlichen Schreibens des Kriegsministeriums, denn »der Begriff des Wuchers sei auf Warengeschäfte nicht anwendbar, die betreffende Firma hätte pflichtgemäß die ihr durch die Konjunktur gebotenen Vorteile ausgenutzt.

»Bis zum Sommer 1918 wurde dem Reich durch falsche Preisfeststellung für Siemens-Martin Granitstahl ein direkter Schaden von 400 bis 500 Millionen Mark zugefügt.«

Neben der Schwerindustrie hat die Landwirtschaft bedeutende Kriegsgewinne erzielt. Schmid weist nach, in wie hohem Maße die landwirtschaftlichen Schichten sich entschuldet haben, während die Städte und die Gemeinden zur gleichen Zeit immer größere Kredite notwendig hatten.

Die oft aufgestellte Behauptung, daß auch die Arbeiter durch die hohen Löhne Kriegsgewinne eingesteckt haben, teilt Schmid interessanterweise nicht durchwegs. Er schreibt:

»Vielfach sind Preiserhöhungen mit gestiegenen Löhnen begründet worden. Trotzdem wäre es falsch, die Lohnforderungen als die Ursache für Preissteigerungen anzusehen. Mit vielen anderen bin ich der Auffassung, daß die Preissteigerung gerade in der Industrie erst die Ursache bildete, »aus der die Arbeiterschaft erneute Lohnhöhungen gefordert hat.«

Schmid sieht den Kriegsgewinn nicht nur als eine schwere psychologische Belastung, sondern als eine Gefahr für die Kriegsführung überhaupt an. Unter anderem schreibt er:

Gastliches Deutschland

Drei Holländer aus Heerlen hatten einen Bummel nach dem nur wenige Kilometer entfernten Aachen gemacht. Bei der Rückfahrt wurden sie an der Grenze angehalten, weil nur einer von ihnen einen Paß hatte. Dieser erbot sich, nach Heerlen zu fahren und die Pässe der beiden anderen zu holen. Während der Wartezeit von Dreiviertelstunden vergnügten sich die deutschen SA-Wachmannschaften damit, den Holländern den Hitlergruß einzuexerzieren. Diese mußten sich an die Wand stellen und unausgesetzt auf Kommando den Gruß ausbringen. Der Fall ist symptomatisch dafür, wie der Machttausch der Herrschaften in letzter Zeit zu Kopf gestiegen ist. Jetzt glaubt schon jeder SA-Lämmei, auf eigene Faust das Ausland provozieren zu können.

Leben in Deutschland

Es geht uns der folgende erschütternde Bericht zu:

In Triberg (Schwarzwald) wohnte seit einigen Jahren ein Arzt Dr. Wagner, der mit einer Jüdin verheiratet war. W., ein überaus tüchtiger Arzt, hatte eine sehr gute Praxis. Seine Frau tat viel für die Armen. Bei der »Erneuerung« des Reiches begann für die beiden der Leidensweg. Die Konkurrenz sorgte schon dafür, da sie es nicht mehr aushalten konnten, beschlossen sie, gemeinsam in den Tod zu gehen, und ihr 4 Jahre altes Söhnchen mitzunehmen. W. machte Frau und Kind, auch sich selbst Einspritzungen. Am Morgen wurden sie bewußtlos aufgefunden. Das Kind war tot, die Eltern wurden gerettet. Folge: Vater und Mutter angeklagt. W. wurde zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt, Frau freigesprochen. Nach Verbüßung der Strafe wollte W. ins Ausland, bekam aber keinen Paß. Er führte nun seine Praxis in Triberg weiter und hatte großen Zulauf. Da begannen die Hetzereien von neuem. Die Realschüler waren abgerichtet, ihm bei jeder Gelegenheit »Kinds mörder« nachzurufen. Schellen wurden eingeschlagen, die Klingelleitung zerstört, Türen mit Kot verschmiert usw. Ein

»Der Kriegsgewinn hat also die Deckung auch des nötigsten Bedarfs für den einzelnen erschwert, falls er nicht zu der bevorzugten Klüferschicht gehörte. Bei den lebenswichtigen Verbrauchsgütern kann diese Erschwerung durch mangelhafte Ernährung usw. bis zur Gesundheitsschädigung führen, und die, wie geschildert, so notwendige Leistung für die Kriegszwecke herabdrücken.«

Hauptmann Schmid sieht die Lösung dieser Frage nicht in einer Kriegsgewinnsteuer und bloßer Verstaatlichung der Gewinne, denn letzten Endes nimmt der Staat hier nur, was ihm zuvor in weit größeren Ausmaßen genommen wurde, da er ja im Kriege der ausschlaggebende Auftraggeber ist. Er sieht den Kriegsgewinn auch nicht so sehr moralisch, sondern unterstreicht bemerkenswerterweise den folgenden Satz:

»Die Nutzung der Landesnot im eigenen Interesse bedeutet keine Entartung des Kapitalismus, sie bildet vielmehr die folgerichtige Auswirkung seiner Grundanschauung und ein fruchtbares Feld für die Betätigung kapitalistischer Geschicklichkeit.«

Aufgabe der Kriegswirtschaftspolitik muß es sein, so meint Schmid, den Kriegsgewinn zu verhindern. Und dann folgen dunkle Andeutungen und doch wird die Konsequenz aus dem zitierten Satz gezogen und von der Vermögensbeschlagnahme gesprochen. Der Verfasser weiß selbst, daß die praktischen Vorschläge zu knapp wegkommen und entschuldigt sich förmlich. Wir haben Verständnis dafür, denn »sozialistische Propaganda« ist ja in Deutschland verboten. Ohnehin werden die Kriegsgewinnler von gestern, heute und morgen über diesen lärischen Hauptmann fluchen, der den Sinn seines Berufes so gründlich verkennt. Er soll doch Krieg führen, damit der Kapitalismus leben kann und nicht den Kapitalismus vernichten, damit man erfolgreich Krieg führen kann!

Hauptmann Schmid hat Illusionen, aber interessante. Er hat Kriegswirtschaftsorgen, weil er sehr richtig ahnt, daß die allgemeine Korruption des Dritten Reiches natürlich auch die Kriegswirtschaft berührt. Er sieht, wie die »nationale Erhebung« direkt in die Katastrophe hineinführt, weil ein Staat immer nur so den Krieg führen kann, wie er im Frieden existiert hat. Diese Auffassung von Marx, Engels, Bebel und Jaurès gilt noch immer. Ja, heute, im Zeitalter des totalen oder — mit Clausewitz — des »absoluten Krieges«, mehr denn je.

Hirtenbrief des deutschen Episkopates über die Schulfrage veröffentlicht haben. Die amtliche Begründung sagt, der Hirtenbrief der Bischöfe enthalte »in einzelnen Wendungen eine untragbare Kritik an der Einrichtung des Landjahres.« Ohne daß wir hier zu den von den Bischöfen aufgeworfenen Fragen der konfessionellen Schule und konfessionellen Erziehung Stellung nehmen wollen — unsere Programmforderungen sind bekannt — wollen wir nur darauf hinweisen, daß trotz Konkordat den Bischöfen nicht einmal die bescheidenste Wahrnehmung katholischer Lebensinteressen erlaubt ist, denn die gerügten Stellen des Hirtenbriefes sind wirklich zahn genug:

»In der Jugendfrage bereitet das sog. Landjahr besondere Sorge. Ueber 30.000 Kinder im Alter von 13 bis 14 Jahren werden ohne Trennung nach Konfessionen in Landjahrheime zur Erziehung gesteckt und dabei das besondere Ziel verfolgt, die konfessionelle Trennung zu überbrücken. Was dieser Ausdruck bedeutet, ist nicht ganz klar. Jedenfalls verlangen die Bischöfe, daß nicht statt der erhofften Eintracht eine religiöse Gleichgültigkeit oder Verwirrung in die Seelen unserer Kinder gebracht wird. Diese Gefahr besteht offensichtlich bei der Mischung im kindlichen Alter.«

Das ist alles. Und dafür Beschlagnahme der Kirchenblätter! Das hätten sich die Herren Bischöfe nicht träumen lassen, als sie tatenlos und schweigend der mörderischen Marxistenverfolgung zusahen. Es gibt auch für den Katholizismus keinen Frieden mit dem Nationalsozialismus. Der »positive Christ« Hitler, für den auch in den katholischen Kirchen gebetet wird, kennt nur das Schwert zur Vernichtung aller, die noch eine letzte Regung eigener Weltanschauung zu äußern wagen. Hannes Wink.

Braune Steuermoral

Das letzte »Reichsverwaltungsblatt« bringt eine Anordnung des »Stellvertreters des Führers der NSDAP«, Rudolf Heß, in der die politischen Leiter zur Ehrlichkeit in der Abgabe der Steuererklärungen und zur »Steuermoral« aufgefordert werden. Es wird nötig gewesen sein!

Im gleichen Hause wohnender Lehrer der Realschule spuckte ihn an. Vor etwa drei Wochen fuhr Wagner mit seiner Frau nach Gutach bei Hornberg und übernachtete im Hotel. Morgens wurden beide vergiftet aufgefunden. Die gesamten Möbel hatten sie ihrer Köchin und den übrigen Dienstboten vermacht. Keine Zeitung durfte eine Notiz von dem Vorfalle bringen. W. soll nahegelegt worden sein, sich scheiden zu lassen, lehnte es aber ab. Das alles heißt »Deutsche Erneuerung«.

Zurück zur Eiszeit!

Wir lesen im Düsseldorf »Mittag«: »Die letzten Besprechungen über die Errichtung eines eiszeitlichen Wisentgeheges im Neandertal haben nunmehr stattgefunden. Mit dem Bau soll schon im Mai begonnen werden.« Die Gehirne im Tertiärreich sind erstarrt, das geistige Leben ist vereist, die Kredite sind eingefroren und die Begeisterung ist abgekühlt — da darf das Eiszeitgehege wirklich als sinniges Symbol des neuen Staates betrachtet werden. Jedes Land sucht sich das ihm gemäße Vorbild.



»Komm heraus, laß dich sehen und brüll!« (»Daily Herald«.)

Danzig - Probierland für braune Inflation

Enteignung der Sparer, kalter Lohnabbau - Schachts Zukunft

Mit heiligen Eiden haben die Nationalsozialisten beschworen, daß sie niemals das Verbrechen der Inflation begehen würden. Am 1. Mai hat die nationalsozialistische Regierung von Danzig beschlossen, den Goldgehalt des Danziger Gulden um 42,4 Prozent herabzusetzen. 100 Gulden der bisherigen Währung werden gleichgesetzt 170 Gulden der neuen. Bisher waren 100 Gulden gleich 81,10 Reichsmark, jetzt gelten sie nur noch 47,09 Reichsmark.

Die so plötzlich vorgenommene Geldverschlechterung bedeutet eine Begünstigung der kapitalistischen Exporteure und der agrarischen Schuldner. Sie bedeutet eine Enteignung der Sparer und einen fortschreitenden »kalten Lohnabbau«. Denn trotz der üblichen offiziellen Beteuerungen, einen Preisanstieg verhindern zu wollen, ist ein solcher in Danzig ganz unvermeidbar. Denn abgesehen von etwas Getreide, Zucker und einigen anderen Lebensmitteln ist Danzig auf die Einfuhr aller wichtigen anderen Rohstoffe oder vieler Halb- und Fertigfabrikate angewiesen und diese muß jetzt automatisch im Ausmaß der Abwertung teurer werden.

Lohnabbau und Sparkassenberaubung ist also das Resultat der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Begreiflich, daß die Danziger Regierung mit der Ausführung der Geldverschlechterung gewartet hat, bis die Wahlen vorüber waren. Die Niederlage wäre sonst noch weit größer geworden.

Die Danziger Regierung sucht natürlich die Schuld von sich abzuwälzen. »Gewissenlose Elemente haben versucht, in den letzten Tagen steigende Guthaben bei den Banken und Sparkassen abzuheben, um sie in andere Währungen umzutauschen und somit spekulativ zu verwerten«, heißt es in dem amtlichen Aufruf. Die Danziger Nationalisten führen ein unumschränktes Terrorregime. Die Presse ist geknebelt, die politischen Gegner werden rücksichtslos vergewaltigt. Aber siehe da! Gegen ein paar »Spekulanten« erweist sich das Gewaltregime plötzlich als ohnmächtig, gegen sie versagt plötzlich die Staatsmacht! In der Tat hat die nationalsozialistische Regierung keinen anderen Ausweg mehr gewußt, als die Münzfälschung und wir möchten jede Wette halten, daß die »Spekulanten«, die die Guthaben rechtzeitig abgehoben haben, vor allem in jenen eingeweihten nationalsozialistischen Kreisen zu suchen sind, die die Regierungsabsichten kannten.

In Wirklichkeit ist die Geldabwertung eine Folge sowohl der Danziger als der reichsdeutschen Politik. Als die Nationalsozialisten im Mai 1933 die Herrschaft in Danzig übernahmen, wurde ganz nach Berliner Muster ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm eingeleitet. Es wurde natürlich mit Wechseln finanziert und dadurch die objektiven Bedingungen zur Inflation geschaffen. Da die Reserven Danzigs, das hauptsächlich vom Zwischenhandel lebt und dabei unter der steigenden Konkurrenz Gdingens leidet, nur gering sind, mußten sich die Folgen dieser »Kreditausweitung« viel rascher einstellen, als z. B. in dem großen Deutschland. Dies wäre noch früher der Fall gewesen, hätten nicht die reichsdeutschen Subventionen eine Hilfe geboten. Es waren teils Barzahlungen, die auf zirka 30 Millionen Reichsmark geschätzt werden, teils bestanden sie darin, daß Deutschland noch 1934 für 24 Millionen Reichsmark Waren, vor allem Lebensmittel, zu hohen Preisen von Danzig kaufte. Schacht hat diese Subventionen infolge der schlechten Devisenlage seit August 1934 eingestellt und auch eine neue Anleihe abgelehnt. Damit war das Schicksal der Danziger Währung entschieden, um so mehr, da die deutsche Devisenzwangswirtschaft und ihre Handhabung durch Schacht bewirkte, daß die Danziger Exporteure ihre Forderungen an Deutschland zuletzt nicht mehr rechtzeitig bezahlt bekamen.

Schacht hat Danzig genau so wirtschaftlich preisgegeben, wie Hitler es mit seinem Polenbündnis politisch geopfert hat. Danzig hat die Abwertung auch erst nach ein-

gehenden Besprechungen mit Berlin und im Einverständnis mit der deutschen Regierung vorgenommen, die also für den neuen Inflationsbetrug die volle Verantwortung trägt.

Der Gulden ist durch die Abwertung dem polnischen Zloty gleich geworden. Dadurch wird der wirtschaftliche Anschluß an Polen erleichtert, während die Beziehungen zu Deutschland, das Danzig die im verruchten System stets gewährten wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung entzogen hat, außerordentlich erschwert werden. Danzig wird so von Schacht und Hitler immer mehr in die Abhängigkeit von Polen gestoßen. Dabei ist es auch gar nicht sicher, ob die neue Parität der Danziger Währung gehalten werden kann. Denn die Ursachen, die zur Entwertung geführt haben, dauern fort und die miserable Finanz- und Wirtschaftspolitik der Danziger Regierung gefährdet die Währung immer aufs neue.

In Berlin hat das Schicksal des Danziger Guldens die Besorgnisse um die eigene Währung vermehrt, die durch die Attacke des Reichsbankdirektors Dreyse gegen die Inflationisten hervorgerufen worden waren.

Schon als Schacht die Wirtschaftsdiktatur übernahm, wurde hier vorausgesagt, daß es über kurz oder lang zu einem Konflikt kommen werde zwischen den Anhängern und Interessenten einer immer weiteren Arbeitsbeschaffung und Rüstungsausgabensteigerung auf dem Weg der »Krediterweiterung« einerseits und Schacht andererseits, der eine bestimmte Grenze der inflatorischen Finanzierung nicht überschreiten möchte. Dieser Konflikt zwischen großen Teilen der Industrie, sowie einflussreichen Parteikreisen und Schacht ist jetzt offenkundig geworden.

Auf einer kürzlich stattgefundenen Gauleitertagung in München wurde sehr ernst auf die Stimmung der Bevölkerung hingewiesen, und im Hinblick darauf einstimmig die Notwendigkeit einer weiteren Ausdehnung der staatlichen Arbeitsbeschaffung zum Ausdruck gebracht. Der Beschluß wurde bei Hitler selbst mit großem Nachdruck vertreten. Es ist dieser Beschluß, gegen den sich die im Auftrag Schachts gemachten Warnungen Dreyse richteten, die aber nur die Opposition in nationalsozialistischen Kreisen gegen Schacht verstärkt haben.

In dieser Situation versucht Schacht, wenigstens die deutschen Rüstungsanforderungen womöglich ohne Inanspruchnahme inflationistischer Finanzierungsmethoden zu befriedigen und sich so die Unterstützung Hitlers und der Reichswehr zu erhalten. Auf die Arbeiter glaubt er dabei keine Rücksicht nehmen zu müssen. Hat ja eben der Dr. Ley in seiner Maisprache erklärt, daß er erst im nächsten Jahr verkünden werde, was aus den Studien über den »gerechten Lohn« herauskommen wird.

Das bedeutet in der Praxis, daß bis zum 1. Mai 1936 nicht nur keine Lohn-erhöhungen erfolgen, sondern daß der Lohnabbau festgesetzt werden wird.

Aber mit den Unternehmern gerät Schacht immer mehr in Konflikt. Sie stehen seiner Forderung, eine Milliarde zur Subventionierung des Exports aufzubringen, nach wie vor in feindlicher Ablehnung gegenüber. Die verschiedensten Pläne sind erörtert und wieder fallen gelassen worden. Die Heranziehung des Großhandels, der Banken und der Handwerker scheint ebenso wie eine allgemeine Erhöhung der Umsatzsteuer fallen gelassen zu sein. Ebenso hat man die Idee, auch die öffentlichen Versorgungsbetriebe zu belasten, aufgeben müssen, denn eine so offenkundige neue Massenbelastung wie es die Erhöhung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätstarife wäre, kann das Regime jetzt doch nicht gut wagen und eine neue Anspannung der bankrotten Kommunalfinanzen ist erst recht unmöglich. Immerhin ist es bezeichnend, welche aberwitzigen Pläne von den Diktatoren erwogen werden. Uebrig geblieben ist die Idee, die Industrie eine Abgabe auf ihren Inlands-Bruttoabsatz zahlen zu lassen, der bei den ein-

zelnen Industrien zwischen 2 und 6 Prozent betragen soll. Die Autoindustrie z. B. soll 4 Prozent, die Glasindustrie 5, die chemische Industrie 6 Prozent zahlen. Für die Eisenindustrie ist auf Basis einer Abgabe von 4 Reichsmark pro Tonne Rohstahl eine Gesamtabgabe von 56 Millionen Reichsmark, für die chemische Industrie von 180 Millionen Reichsmark, für die Metallindustrie von 20 Millionen Reichsmark vorgesehen. Die Unternehmer erklären solche Belastungen für unmöglich, wenn sie die Lasten nicht durch Preiserhöhungen auf die Konsumenten abwälzen können. Das aber hieße neue rasche Erhöhung des inländischen Preisniveaus, neue Massenbelastung, aber auch neue allgemeine Erschwerung des Exports.

Trotz aller Widerstände der Unternehmer wird Schacht versuchen, seinen Plan durchzusetzen. Er ist in diesem Konflikt Vertreter der diktatorischen Staatsmacht, die die Rüstungsexpansion auf alle Fälle durchsetzen will und sich die für die Rohstoffzufuhr nötigen Devisen durch Exporterschleuderei, auch durch Ausverkauf und auf Kosten des kapitalistischen Profits verschaffen will.

Wirtschafts-Wahnsinn

Gleichzeitig mit einem Protest der Vereinigten Staaten gegen die Nichtbezahlung der Zinsen und Tilgungsraten für die Dawes- und Younganleihe hat Senator Borah in Washington einen Gesetzentwurf vorgelegt, der jede öffentliche oder private Anleihe an Nichtamerikaner verbietet. Der Entwurf wird mit dem Hinweis darauf begründet, daß Europa seine Schulden in Höhe von 11 Milliarden Dollar nicht erfüllt habe, und daß es jede finanzielle Hilfe zum Wottrüsten und zur Vorbereitung eines neuen Krieges ausnütze. Kein Land in Europa kann es mit Hitlerdeutschland in der Kunst, seine Gläubiger um ihre Forderungen zu prellen, und im Tempo des Aufrüstens aufnehmen. Europa hat also die finanzielle Abwendung der Vereinigten Staaten von Europa Hitler und Schacht zu verdanken.

Eines der schwersten Probleme für die USA. sind seine großen unabsetzbaren Vorräte von Rohbaumwolle. Zur Stützung der Baumwollpreise und der Farmer des Südens hat die amerikanische Regierung riesige Beträge von Staatsgeldern aufwenden müssen. Die Steigerung der Ausfuhr könnte als Ventil wirken. Mit dem Abbau der übermäßigen Vorräte könnte zugleich der Abbau der staatlichen Stützungsaktionen erfolgen. Von der amerikanischen Baumwollproduktion wird mehr als die Hälfte exportiert. Trotzdem zieht es Roosevelt vor, die Farmer mit Staatsgeldern vor dem Sturz der Preise zu bewahren, als die Baumwollexporteure noch mehr Geld als bisher an Schachts Devisentricks verlieren zu lassen. Er hat Herrn Schacht, der ihm um große Baumwollkredite angegangen war, die kalte Schulter gezeigt. Die Folge ist nun, daß die fehlende Ausfuhr von Rohbaumwolle durch Steigerung ihrer Verarbeitung in USA. selbst und durch vermehrte Ausfuhr von Textilwaren ersetzt werden soll. Die staatliche Kommission zur Prüfung des Baumwollmarktes hat einen Plan ausgearbeitet, wonach die nichtexportierbaren Baumwollvorräte sehr billig an amerikanische Baumwollfabriken zwecks Abwehr der vordringenden japanischen Konkurrenz verkauft werden sollen. Die japanische Schleuderausfuhr soll also mit amerikanischer Dumpingausfuhr bekämpft werden, die in ihrem Endergebnis selbstverständlich aber nicht nur den japanischen, sondern auch den europäischen Textil-export treffen muß.

Die Lieferungen der Vereinigten Staaten nach Deutschland sind erheblich größer als die deutsche Einfuhr nach Amerika. Der Ueberschuß des amerikanischen Imports kann also nicht mit Waren, sondern müßte mit Devisen oder Krediten ausgeglichen werden. Devisen hat Hitlerdeutschland nicht, Warenkredite kann es nicht bekommen, wenigstens nicht, solange die alten Schulden nicht bezahlt sind. Die Folge ist, daß mehr noch als die deutsche Ausfuhr nach USA. die Einfuhr

Aber auch wenn Schacht seinen Plan schließlich erzwingt, wird er zuletzt mit seinen Absichten scheitern.

Denn einmal wird die Schleuderausfuhr auf verstärkten Widerstand des Auslandes stoßen, aber dann und vor allem ist eine solche Verlustausfuhr, die auf die Dauer auch neue Kapitalbildung im Innern erschwert oder verhindert, nicht lange durchführbar. Denn sie hemmt die Neuanlage von Kapital, also die Ausdehnung der Produktion, die für die vermehrten Rüstungsanforderungen, für die Ausdehnung der Ersatzstoffherzeugung usw. unentbehrlich ist, widerspricht also dem militaristischen Bedürfnis, das sie gerade befriedigen will.

Schachts Gegner suchen deshalb den Ausweg in der bisherigen Richtung: Krediterweiterung. Steigerung der Inflationmethoden, ohne aber zeigen zu können, wie das primärste und dringendste Bedürfnis, die Sicherung der Rohstoffzufuhr für den Rüstungsbedarf, gesichert werden kann ohne immer schärfere Einschränkung aller anderen Einfuhr, die aber wieder die Beschäftigungsmöglichkeit aller Nichtrüstungsindustrien und die Lebenshaltung des Volkes akut verschlechtern müßte. Und so wächst die Neigung für eine Devaluation oder Inflation als rettendes Kompromiß.

Aber auch diese Rettungsmöglichkeit würde sich rasch als Illusion erweisen!

Dr. Richard Kern.

aus USA. zurückgeht. Nach den Vierteljahrsheften für Konjunkturforschung war in der Zeit vom letzten Vierteljahr 1933 bis zum letzten Vierteljahr 1934 die Ausfuhr nach Amerika um 38,7 Prozent, also um mehr als ein Drittel, die Einfuhr aus Amerika aber um 37,4 Prozent, also um mehr als die Hälfte gesunken. Nach dem Institut für Konjunkturforschung war 1934 der Anteil der Vereinigten Staaten an der deutschen Baumwollzufuhr von 72 auf 55 Prozent zurückgegangen. Der Ausfall ist aus Brasilien und aus der Türkei gedeckt worden, die bis Mitte 1934 1 Prozent und Ende 1934 30 Prozent des Baumwollverbrauchs beliefert hatten, obwohl ihr Erzeugnis erheblich teurer ist als das amerikanische. Die neuen Lieferungen konnten hier mit alten Forderungen bezahlt werden. Ein fauler Zahler fand Hilfe bei einem fast ebenso faulen. Schachts Devisenprellerei führt also nicht zur Verdrängung der Ausfuhr von Textilien, sondern auch zur Verteuerung der Einfuhr von Textilrohstoffen. Damit wird die Devisenanlage Deutschlands immer katastrophaler und die Zahl der Länder, die sich der Gefahr aussetzen, Schachts Devisenprellerei zum Opfer zu fallen, immer kleiner.

Der Volkszorn

Die deutschen Zeitungen berichten:

Nachdem in der Kasseler Altstadt bekannt geworden war, daß sich der Besitzer eines Fleischergeschäftes in abfälliger Weise über die NSV geäußert und einen Blockwaller der NSV beleidigt habe und daß zwei andere Geschäftleute in einer mit der Altstadt-sanierung zusammenhängenden Angelegenheit unsoziales Verhalten an den Tag gelegt hätten, bildeten sich vor den Geschäften der drei Personen größere Ansammlungen, die zu zerstreuen die Polizei große Mühe hatte. Um zu verhüten, daß es hierbei zu Ausschreitungen kam, wurden die drei Geschäftleute in Schutzhaft genommen.

Es handelt sich dabei um eine Art Arbeitsbeschaffung. Volkszorn-Darsteller ist ein neuer Beruf in Deutschland, der sich, wie wir hören, durchaus bezahlt macht und außerdem ein Mindestmaß an Kenntnissen voraussetzt.

»Gewaltige Kundgebung in adt Woden

Die Pressestelle der NSDAP teilt mit:

»Das diesjährige Gautreffen der NSDAP Westfalen-Nord vom 5. bis 7. Juli findet in Münster statt. An die verschiedenen Sondertagungen wird sich eine gewaltige Kundgebung auf dem Hindenburgplatz anschließen.«

Da diese Propheten kraft ihre Befehlsgewalt im voraus wissen, wie »gewaltige« jeweilige Kundgebungen zu werden haben, sollten sie die Stimmungsberichte eigentlich fürs ganze laufende Jahr bereithalten. Mit der Veröffentlichung kann ja anstandshalber gewartet werden, bis die Veranstaltungen stattgefunden haben.

FACHMANN

zur Herstellung von Fieber-Thermometer gesucht. Angebote unter: »WK 344« an Rudolf Mosse, Prag I., Ovocný trh 19.

Diktatur und Persönlichkeit

Der oberflächlichen Betrachtung erscheint die Diktatur als der geeignete Boden für den Hochwuchs der Persönlichkeit. Was sie der Masse an Bedrückung bringt, macht sie wett durch Entfaltungsmöglichkeiten, wie sie dem Einzelnen keine andere Form politischer Organisation bietet. Außerdem setzt die Diktatur — immer für den oberflächlichen Betrachter — schon eine zu höchster Eigenart ausgeprägte Persönlichkeit voraus.

Diese Auffassung ist durchaus irrig. Nicht genug, daß sie an der Oberfläche haften bleibt: diese Oberfläche ist bewußt zur Irreführung vorbereitet und angestrichen worden. Die mächtige, an mythische Helden gemahnende Persönlichkeit des Diktators, seine überlebensgroßen Maße, die sogar seine Widersacher übernehmen, um sie ins Diabolische zu übersetzen, gehören zum politischen Werkzeug jeder Diktatur. Nun könnte freilich hinter dem Reklametricke die Wirklichkeit sein, wie der brüllendste Lautsprecher ja schließlich doch eine menschliche Stimme aufbläht. Aber die öde Gleichartigkeit aller Diktatoren zeigt uns ihren geringen Persönlichkeitsgehalt. Sie mögen Rosa heißen und aus einem Herrengeschlecht der argentinischen Pampa stammen, oder italienische und österreichische Kleinbürger zu Eltern haben, immer sehen wir sie arm, bettelarm in ihrem Gefühlsleben, ohne Hingabefähigkeit und ohne Freunde, physisch feig, trotzdem sie sich den göttlichen Schutz für ihre geschichtliche Sendung als Nervenschonung zu suggerieren suchen, dem sozialen Gefühl des Mitleids völlig unzugänglich, aber durch ihre unstillbare Eitelkeit abhängig von den andern und dadurch in hohem Maße verletzlich, voll Rancune gegen jeden, dem sie Dank schulden, sensationsgierig, wie alle innerlich Armen, der großen Schauluststellungen und nie endender Betriebsamkeit bedürftig, um nur nicht mit sich selbst allein zu sein. Das sind nicht die Züge von diesem und jenem, das ist die Berufsphysiognomie des Diktators. Nicht er schafft in Selbstherrlichkeit seinen Wirkungskreis, sondern seine Wirkungskraft schafft ihn.

Damit soll nun gewiß nicht behauptet werden, daß den Anforderungen der Diktatur jeder beliebige Mensch gewachsen wäre. Ein hohes Quantum von Ehrgeiz, Ichsucht, Fähigkeit, auf andere zu wirken, Klugheit, Anpassungsfähigkeit muß der Diktator mitbringen, vieles andere noch, nur keine kantige, geschlossene Persönlichkeit. Eine solche käme nicht auf ihre Rechnung, wenn sie unter lauter rückgratlosen Menschen leben müßte. Bei den Triumpfen der Eitelkeit, als Surrogat für Gefühlswerte, müßte sie verhungern, muß jeder verhungern, der nicht imstande ist, die eigene Wertschätzung den anderen aus der Hand zu fressen.

Gewiß müssen wir annehmen, daß jeder Diktator auch etwas Eigenart mitbringt. Der eine ist mehr, der andere weniger theatralisch, sie mögen in ihren Liebhabereien, in ihren geschlechtlichen Neigungen, in ihren Schwächen und deren Kompensierung Verschiedenheiten zeigen. Im großen Ganzen sind aber die Anforderungen der Diktatur sehr gleichartig, so daß ihnen nur ein gegebener Typus gerecht wird. Dann ebnet, wie die Erfahrung uns zeigt, die Ausübung der Diktatur die individuellen Verschiedenheiten in die wahrhaft verblüffende Weise ein.

Daß der Diktator die Diktatur schaffe, wird nur von politischen Säuglingen geglaubt. Die Annahme aber, daß eine die Diktatur ermöglichende Gesamtlage auch einen guten, gerechten, selbstlosen, die Volksrechte achtenden Führer empfortragen könnte, ist genau so kindisch. Der bedeutendste Historiker Argentiniens im 19. Jahrhundert, Vicente Fidel Lopez, spricht in seiner Geschichte Argentiniens die Ansicht aus, daß im Jahre 1830 die Lage des Landes schicksalsmäßig zur Diktatur drängte. »Nicht schicksalsmäßig, sondern äußerer Zufall, der sich gelegentlich dem Schicksal beigesellte und auch hätte ausbleiben können, war es, daß der Mann, in dem all die Folgen der Lage Gestalt annahm, ein ehrgeiziger und erbarmungsloser Bösewicht war, anstatt ein großzügiger und vernünftiger Argentinier, den das Licht der Zukunft beselte

und die Liebe zum Vaterland, das als Sklave in seine Hände fiel.« Der Diktatur bemächtigt sich aber nur ein Mann, den diese Art der Allmacht lockt. Ein solcher hat keinen Sinn für Freiheit, keine Achtung vor der Persönlichkeit. Um sich gegen die Mehrheit seines Volkes an der Macht zu halten, muß er sich auf Gewalt und Spitzelwesen stützen. Da er keinen Menschen über sich und neben sich gelten läßt, umgibt er sich mit dem Geschmeiß der Kriecher und Speichellecker. Ein Mann von Charakter und Würde käme sich in solcher Umgebung wie nach Sibirien verbannt vor. »Großherzig« und »vernünftig«

kann der Diktator nicht sein; mit einem, den diese Eigenschaften belasten, weiß die Situation nichts anzufangen. Zur Auswahl stehen nicht alle bedeutenden Männer eines Landes, sondern nur ein ganz bestimmtes Kaliber von Ellbogenmenschen, für die Glanz, Dekoration, Macht, Wehrauch höchste Werte bedeuten.

Dennoch kundtut, so finden wir sie schon bei Tacitus angedeutet — »Die Trunkenheit der Macht verwirrt und verrenkt die Seele.« Der englische Staatsmann Fox hebt hervor »die verblüffende Gleichheit all der Ungeheuer des römischen Kaiserreiches, die, ohne gleichen Blutes zu sein, einander derartig ähnlich sind, durch den moralischen Einfluß der unbegrenzten und unverantwortlichen Macht, daß sie denselben Typus wiederholen, als wären sie in derselben Familie gezeugt.«

Denn die Diktatur läuft durchaus nicht in einen Gipfel der individuellen Freiheit aus, wo die Adler ihre Flügel entfalten,

noch ihrem Willen widerstehen. Die zweite ist, daß die aus dem Volke keine Liebe unter sich haben, so daß die einen nicht den andern trauen, denn, solange sie in diesem Hader leben, werden sie es nicht wagen, eine Verschwörung gegen ihn zu machen, aus Furcht, daß sie unter sich nicht Treue noch Verschwiegenheit wahren. Die dritte ist, daß sie sorgen, sie arm zu machen und sie vor so große Taten zu stellen, daß sie sie nimmermehr vollbringen können; damit sie immer soviel des eignen Übels zu sehen haben, daß ihnen nimmer der Mut erwache, Dinge zu planen, die gegen seine Herrschaft seien. Und vor allem streben die Tyrannen immer danach, die Mächtigen auszurotten und die Weisen zu töten.

Trotz der ausdrücklichen Anlehnung an antike Texte muß man annehmen, daß die Beschreibung den Sammlern der Gesetze auch auf ihre Zeit passend schien. Interessant ist, daß die »Partidas« bei tyrannischer Ausübung der Macht — auch der zu Recht erworbenen — den Untertanen das Recht der Gehorsamsverweigerung zusprechen:

Außerdem sagen wir, daß, ob auch jemand die Herrschaft seines Reiches zu Recht erworben hätte, durch einen der Gründe, die im vorigen Gesetz genannt wurden, wenn er seine Macht schlecht ausübte in der Art und Weise, die wir oben in diesem Gesetz geschildert haben, ihn die Leute Tyrann heißen können und seine Herrschaft aus einer rechtmäßigen zu einer unrechtmäßigen wird.

Eine Form der Herrschaft, die seit Jahrhunderten auf denselben Geleisen läuft, deren Erhaltungsbedingungen keinen Wandel erfahren haben, die heute denselben »Listen« bedarf, wie im Altertum und Mittelalter, die wie eine Versteinerung von Zeit zu Zeit in der lebendigen Geschichte auftaucht, kann nicht die reiche Scholle sein, die dem Keim vollste Entfaltung gönnt, so wenig sie der Thron sein kann, den die Persönlichkeit schöpferisch formt. Rein geschichtlich, induktiv, empirisch, kommt man zu dem Schluß, daß die Diktatur der persönlichen Eigenart abhold ist, nicht nur in der »misera contribuans plebs«, sondern auch in ihrer Spitze.

Übrigens hat die Diktatur ein unklares Gefühl ihrer Armut an Persönlichkeitswerten. Daher bringt sie alles auf den Markt, was irgend an den Eigenschaften der Führer charakteristisch sein könnte, wie sie versucht, deren banale Physiognomien zu stilisieren. Da sich aber trotzdem der Diktator zwangsläufig als die Marionette zeigt, die von den Fäden ihrer Selbstbehauptung bewegt wird, gibt man dem Mangel an Persönlichkeit eine dekorative Uniform und nennt ihn »Zucht«. In einer Zeit größter innerer Zügellosigkeit, wie sie jedem Gewaltregime eigen ist, erleben wir eine heuchlerische Verherrlichung der »Zucht«, die uns glaubhaft machen soll, unsere in Serien gearbeiteten Diktatoren wären in Wahrheit Renaissanceemenschen, die das Vulkanische in sich durch Selbstzucht bändigten.

Auch die Phrase von der Unterordnung des Individuums unter den Staat dient als Wandschirm, um dahinter den instinktiven Haß der Diktatoren gegen die Persönlichkeit zu betätigen. In Italien ist man dahin gekommen, dem Staat eine Persönlichkeit zuzuschreiben, deren Verletzung strafrechtlich geahndet wird. Die wirkliche Persönlichkeit ist schutzlos, die fingierte wird geschützt.

Und es ist auch eine fingierte Persönlichkeit, auf die unter der Diktatur der Kultus der Massen konzentriert wird, eine völlig unpersönliche Marionette, heute feuerspeiender Drache und morgen Friedensengel, heute einsam durch den Weltenraum ziehende Sonne, morgen schwielige Faust unter schwieligen Fäusten, bald jeder Moral entbunden von wegen höherer Sendung, dann wieder sittliches Vorbild in Schlafrock und Pantoffeln. Persönlichkeit ist innere Verknüpfung, die sich im äußeren Wandel bewahrt, nicht eine Haut, die auf jeder gelegentlichen Grundlage in anderer Farbe schillert. Der Taumel, den der Diktator bei der Menge auslöst, kommt aus der psychophysischen Wirkung der Zusammenstauung der Masse, aus der Aufmachung, aus der symbolischen Bedeutung, die betriebsame Propaganda dem Diktator anhängt; dieser Taumel ist ja keine neue



»Was wollt Ihr, das ist doch gar kein Jude!
»Schlimmer noch, er ist ein Christ!«

Wenn die Tyrannen des Altertums, namentlich die der griechischen Stadtstaaten, nicht alle dieser Schablone entsprechen, so erklärt sich das zur Genüge aus der Tatsache, daß sie sich auf breite Schichten des politisch rechtlosen Volkes stützten. Sie waren keine Vertreter der Minderheit und nicht notwendig Verwalter der Interessen eines kleinen Kreises. Die Demokratie, die sie vergewaltigten, war in Wirklichkeit eine Oligarchie, unter der sich eine zahlenmäßig überlegene Schicht befand, die vom politischen Leben ausgeschlossen war. Sie brauchten also nicht den besten Teil des Volkes gegen sich zu haben, hatten sich nicht auf niedergetretenen Volksrechten erhöht, sondern hatten einer privilegierten Schicht ihre Privilegien entzogen.

Was nun die psychologische Einebnung durch die unbeschränkte Herrschaft betrifft, die sich in der Gleichartigkeit aller

während das Nutzvieh, die große Masse, sich unten an engen Käfigen scheuert. Die Erhaltungsmöglichkeit zieht der Diktatur ganze enge Grenzen und zwingt sie seit Jahrhunderten zu denselben Mitteln und Kunstgriffen. In der zwischen 1256 und 1263 entstandenen Gesetzessammlung Alfonso X. (des Weisen) von Kastilien, »Fuero de las Leyes« (später als »Codigo de las Partidas« bekannt) finden wir (L. 10, t. I) die nachstehende Beschreibung des Tyrannen:

Tyrann bedeutet soviel wie Herr, der sich eines Reiches oder Gebiets durch Gewalt oder Betrug oder Verrat bemächtigt hat. Und diese Herren sind derart beschaffen, daß sie, nachdem sie sich fest in den Besitz des Landes gebracht haben, es vorziehen, ihren Vorteil, sei es auch zum Schaden des Landes zu erreichen, als den Gemeinnutzen für alle, weil sie immer in dem bösen Verdacht leben, es (das Land) zu verlieren. Und damit sie um so ungebundener ihre Absichten erfüllen können, sagen die Weisen des Altertums, daß sie ihre Macht gegen die Männer des Volkes immer in drei Arten von List ausübten. Die erste ist, daß diese Herren sich immer bemühen, daß die unter ihrer Herrschaft dumm und furchtsam seien, denn wenn sie dieses wären, würden sie sich nicht gegen sie zu erheben wagen,

von der Diktatur zuerst ausgelöste Erscheinung, sondern etwas bei Kultushandlungen, monarchistischen Kundgebungen, ja, bei großen Sportereignissen hundertfach Wiederholtes. Sollte in diesem Jubel wirklich der Hunger der Massen nach großen Persönlichkeiten zum Ausdruck kommen — und nicht vielmehr der Trieb nach Erlösung vom Ich — so werden auch diesen Hungernden Steine statt Brot gereicht.

Die Diktatur ist gleichmachend, wie kein anderes Regime. Wenn sie auch eine Riesenklüft aufreißt zwischen Herrschenden und Beherrschten und zwischen Reich und Arm, so duldet sie keine Niveauunterschiede der Menschen, weder diesseits noch jenseits der Klüft. Nicht nur der Sklave, auch der Sklavenwächter muß sich zu einer seelischen Uniform bequemen. Die Mittel, mit denen die Diktatur herrscht, — nach oben katzbuckeln und nach unten treten — verschleichen die Persönlichkeit aus ihren Reihen.

Uebrigens betont ja jedes diktatoriale Regime seine antiindividualistischen Grundsätze. Da es die Menschen durch Mißtrauen und Hoffnungslosigkeit isoliert, ihre Anteilnahme am öffentlichen Leben veröden läßt, ihre sozialen Gefühle auf die eigene Familie beschränkt, bleibt schließlich ein gewiß handliches, aber ziemlich kümmerliches Exemplar. Vom Individualismus der bösen liberalen Ideenwelt beharrt, sozial nicht weiter interessiert, als behördlich erlaubt ist, kann sich der Mensch zum idealen Untertan, zum gelehrten Knecht auswachsen, nicht zur Persönlichkeit.

Individualismus und soziales Gefühl gehen in der Freiheit. Sie, die einander so wenig ausschließen, wie Heimatsliebe und internationaler Sinn, sind die beiden Zellen, aus denen die Persönlichkeit erwächst. Diese braucht heute kein Pledestral der Knechtschaft mehr; ja, sie vertritt es nicht mehr. Wer die Persönlichkeit verfolgen muß, um seine Herrschaft zu behaupten, vertreibt sie aus den eigenen Reihen, verbannt sich selbst aus ihr. Das ist Nemesis. Daher die große Leere und Trommelschlag und Raketen und Feuerwerk.

Oda Olberg.

Einzigartige

Zusammenstellung

Wir lesen in der Berliner Tageszeitung »Der Westen«:

»In Düsseldorf findet vom 6. bis 11. Juni die Reichstagung der nationalsozialistischen Kulturgenossenschaft statt. Diese Tagung wird eine bisher einzigartige Zusammenstellung aus dem deutschen Kunstschaffen der Gegenwart bringen. Aus jeder Kunstgattung werden richtungswesende Werke von höchstem künstlerischen Wert gezeigt. Es handelt sich dabei um das Schaffen solcher Künstler, die in irgendeiner sichtbaren Verbindung zur nationalsozialistischen Bewegung stehen.«

Nur garantiert braune Künstler und dennoch Werke von »höchstem künstlerischen Wert«! Die Zusammenstellung wäre allerdings einzigartig, so einzigartig, daß man nicht mal daran zu glauben vermag.

Inhalatorisches

Ich ging mal inhale . . .
Hall, halo, . . . hallieren,
Da tat mir was passie . . .
Hall, halo, . . . passieren!
Und seitdem flüstert man im Land:
Der Ley hat sich das Maul verbrannt
Durch zuviel Inhallerien!

Man soll beim Inhale . . .
Hall, halo, . . . hallieren
Nicht nach dem Schnapsie gie . . .
Hall, halo, . . . nicht gieren.
Sonst kommt man ganz um den Geuß.
Es explodiert der Spiritus
Durch zuviel Inhallerien!

Drum kräftig exhale . . .
Hall, halo, . . . hallieren,
Das wird mich besser zie . . .
Hall, halo, . . . mich zieren!
Ich exhaller' den Alkohol.
Solch' Rülpsen, spürt ein jeder wohl,
Kann Ley nur exhallerien!

Mucki.

Die literarische Erneuerung

Die Theaterpleite.

Der zweite Theaterwinter des Dritten Reiches ist vorbei und einige Blätter ziehen allmählich so etwas wie ein Fazit, mit jener Vorsicht, die Göbbels Maulkorbgesetze gebieten. »Die Literatur« (ehemals das Literarische Echo) gibt einen Bericht über Berliner Theater. In dieser Klage spiegelt sich das Flasko der ganzen Saison: Es fehlt an starken Stücken, es fehlt an Wagemut ge-

Die neue Kameradschaft.

Da es soviel Posten nicht gibt, wie die braunen Streber erträumten, müssen ab und zu immer wieder einige von der Konkurrenz niedergebott werden. Das ergibt meist erbliche Bilder aus dem braunen Familienleben. Hier eins: Der Schauspieler Alexis Posse spielte sich am Dresdner Staatstheater seit 1931 als Führer der Hakenkreuz-Richtung auf und wurde sehr bald nationalsozialistischer Kulturwart, wiewohl sein römisches Privatleben stadtbekannt war. Je mehr die Wählerstimmen der NSDAP wuchsen, desto größere Töne schwang er hinter den Kulissen: er wird im Dritten Reich der Direktor dieses Theaters, er wird unter seinen lieben Kollegen ausmisten!

Im Trubel des März wurde diese Null wirklich Direktor, aber sehr bald sah man sich höheren Orts genötigt, ihm einen Intendanten vor die Nase zu setzen. Nach dem 30. Juni war auch Posse große Zeit vorbei und er versuchte sein Heil in Berlin. Aber auch dort war alles schon vergeben. Jetzt klagt er

Maria Laach

Als im März 1933, beleuchtet vom gespensischen Schein der Flammen des verbrecherisch angezündeten Reichstages, der Terror der entfesselten SA-Bestie gegen die »rotene« und auch die »schwarzen Marxistene« in Szene ging, flüchtete ein sehr bekannter rheinischer Oberbürgermeister sich ins alte Benediktinerkloster Maria Laach, im Hochplateau-Winkel zwischen Rhein und Mosel gelegen, da, wo die verschwenderische, sonnenbebränzte Fröhlichkeit des Weingaus sich auflöst in die vulkanische Kargheit und Düstereit der Eifel.

Viele Monate war er hier einsamer Gast der frommen Väter des ersten großen Kollektivisten der Kirche. Während alle seine Kollegen aus näherer und weiterer Nachbarschaft in die Gefängnisse und Konzentrationslager unter dem Antikorruptionsgeheul der braunen Geisse wanderten — sein deutsch-nationaler und entschieden schwarz-weiß-roter Rivale Lehr in Düsseldorf wartet noch heute, nach zwei Jahren, in der Haftzelle auf seinen Betrugs- und Bestechungsprozeß, der immer wieder feierlich angekündigt, aber selbst von dieser Justiz niemals angesetzt wurde — barg sich jener katholischer Kommunalherzog hinter der Schwelle des Heiligen. Im Tempel war schon in der Antike dem Häscher der Zutritt verwehrt. Auch der mittelalterliche Schinder hatte keine Macht im Schatten des Sakramentes. An alle Ehrfürchtigkeiten eines in Jahrtausenden gewachsenen und gelübten Glaubens (oder Aberglaubens) wagte sich damals auch der braune Bildersturm und die Hitlorache Bartolomäusnacht wirklich nicht heran. Von der Schwelle also, auf der in der

gegen das Dresdner Staatstheater wegen unberechtigter Entlassung. Begründung des Theaters: »Ein Mensch wie Posse sei nach dem 30. Januar für den neuen Staat nicht mehr tragbar gewesen.« Entgegnung des geschäftigen Kulturwarts: »Warum dann der Reichspressechef Dietrich und andere für den nationalsozialistischen Staat tragbar seien!« Begründung des Theaters: »Man habe im Falle Posse Theaterskandale befürchten müssen.« Entgegnung des Kulturwarts: »Warum man dann wegen Schauspielern wie Gründgens und anderen keine Skandale befürchten müsse!«

Braune Kulturwarte unter sich! Und so gibt im Kampfe um die Krippe einer der braunen »Kameraden« den anderen preis!

Bronnen und die Mutter.

Der schönste Platz, den ich auf Erden hab', das ist die Rasenbank am Elterngrab.

In der Demokratie mimte das Lämpchen Arnold Bronnen den linksradikalen Dichter. Als die Naziwelle schwoh, lief er über, schändete Vater und Mutter, indem er der

Mutter Ehebruch nachsagte, um sich einen Posten zu sichern, — und wurde angesichts solcher Qualitäten prompt Reichsfernsehredakteur des Dritten Reiches. Jetzt hat ein Wiener Blatt die Austrittserklärung des Vaters Bronnens aus dem Judentum (1856) veröffentlicht. Worauf Bronnen abermals geltend macht: »Ich bin nicht der Sohn meines Vaters. Ich wurde in einem ehebreecherischen Verhältnis von der Mutter mit einem Bauernsohn gezeugt.«

Kein Wort über die moralische Verkommenheit dieses dichtenden Strolches und des Systems, das diesen Mutterschänder mit einem großen Kulturamte belohnt. Wir fragen nur: Wie stellen sich die braunen Blutwarte zu dem Falle? Nach ihrer Theorie findet durch Geschlechtsverkehr eine Blutmischung statt. Bronnens Mutter war mit einem Juden verheiratet, ergo ist sie von jüdischem Blut verseucht, ergo auch Hitlers Fernsehump, woran der imaginäre Bauernbursche nichts ändern kann. Streicher, verhülle dein Haupt!

Kutte des heiligen Einsiedlers der Abt erschien, wich sogar der Herr Standartenführer, der sein Opfer suchte . . .

Der rheinische Oberbürgermeister ist heute nicht mehr Emigrant unterm Krummstab. Von den braunen Standarten glitt die Macht an Reichswehr und Gestapo. Der Terror verzichtete auf Improvisation, er wurde ordentlich, organisiert, apparatisiert und bürokratisiert — wie es schon so ist, bei den Borussen, denen unter den Händen alles zum »System« und zur »Maßnahme« und zum »Dienst« wird, selbst der fahle Schrecken und der blutige Mord.

In diesen Tagen wurde der Abt des Benediktinerklosters Maria Laach aus der Klausurzelle weggeführt von der Gestapo, und in eine der vielen Cachets des braunen Zuchthauses All-Deutschland gebracht. — — —

Hat vielleicht dieser Mann Gottes auch »Devisen verschoben«, wie eine dem niedrigsten Pöbelinstinkt überantwortete Justiz in diesen selben Tagen dem »erwarteten Deutschland« glauben machen wollte, um hundert andere und gleichzeitige Polizeipressalien gegen ein Anzahl deutscher Klöster vor dem Mob zu rechtfertigen? Der Abt, Dr. Heol von Herwegen, ist als Verfasser einer Reihe wissenschaftlich-theologischer Bücher in der katholischen Glaubenswelt bekannt. Ist eines etwa unter ihnen, das ihn als »Staatsfeind« — höchster Ruhm für den Gegenwartsdeutschen, den er überhaupt erringen kann! — entlarvt? Darüber verläutet nichts.

Mit vielen anderen, die früher seine Geg-

ner waren und es morgen wieder sein werden, ist auch der Abt von Maria Laach nur ein Gefallener mehr auf dem Unehrenfriedhof des deutschen Geistes, den der Nationalsozialismus vor aller Welt errichtete.

Wilhelm der Zweite hat eines Tages der Abtei der Benediktiner-Mönche von Maria Laach einen in Sizilien von ihm persönlich entdeckten Altarchristus verehrt, so daß die Mönche das kaiserliche, goldschwere Monumentalgewand nicht gut ablehnen konnten, wollten sie damals schon nicht als »Staatsfeinde« gelten. Das Gemälde — und es wird noch heute um der Kuriosität willen gern von den Mönchen gezeigt — paßte in die strengen und herben Linien des klösterlichen Münsters wie ein Damenhut auf einem Bullenhaupt. Einmal ist also schon, damals freilich auf andere Art, der Hausgeist dieses Klosters mit dem borussischen Hausgeist kollidiert. Es gab auch schon damals, mehr als eine Stilwidrigkeit — es gab ein Unglück.

Aber das wird jetzt auch den Abt in der Zelle der Gestapo trösten: Wenn Wilhelm heute schon eine Episode der dürrigen Erinnerung nur noch ist, wie bald wird der Zeitpunkt da sein, an dem Hitler nur noch ein böser Traum sein wird! Einstweilen ist es freilich wirklich noch so, daß das Dritte Reich nicht ganz vollständig wäre, wenn in seinen Konzentrationslagern neben den mißhandelten Sozialisten, neben den bespuckten jüdischen Gelehrten, neben den geschändeten deutschen Dichtern, neben den deutschen Denkern, hinter deren Konterfei man den Vermerk anbrachte »Noch nicht gehehnt«, — wenn hier der Mann Gottes von Maria Laach fehlen würde.

Nein, das ganze Deutschland soll es eben sein . . .

F. E. Roth.

genüber dem zeitgenössischen dramatischen Schaffen . . . sucht man nach Uraufführungen, bleibt eigentlich kaum etwas . . . seit rund fünf Monaten eigentlich nur Rehbergs historisches Drama vom Großen Kurfürsten und sonst nur der Versuch zum heiteren Volkstück . . . Aber auch diese zwei Volkstücke waren Niete und nur »Amüsement für reichlich primitive Bedürfnisse« mit Blubo-Klischee:

»Das andere Mal ist es der Mißbrauch des Gedankens der Heimat und der auch im Drama nicht minder häufig als im Roman zitierten Verbundenheit mit der Scholle, der peinlich wirkt, da bloße Schwankwirkungen folgen.«

Dann noch ein »Heiteres Trauerspiel« von Ziersch, »sein in der Idee wie in der Durchführung reichlich bläbliches Stückchen . . .«

»So bleibt dem Freunde des Theaters, will er Neues sehen und sich wirklich freuen, weiß Gott fast nur die Flucht zu der neuen Operette von dem alten Johann Strauß, zu den reizenden Melodien um die »Tänzerin Fanny Eisler.«

»Das also wäre, konstatiert der Kritiker, »das blühende Leben dieses Berliner Theaterwinters«. Daß er überall so negativ und armselig verlief, weil unter der Fuchtel brauner Kunstfeldwibel keinerlei Kunst gedulden kann, darf der Kritiker nicht schreiben.

Blubo-Entartung.

In derselben Zeitschrift wendet sich einer gegen Entartungen im hitlerdeutschen Roman. Neben der »herolschen« Belletristik, die ja auch rasch langweilig wird, versucht es der und jener mit einem anderen Register: der Verjüngnickelung des Heimatgefühls. Als Schulbeispiel nimmt sich Emil Barth

in der »Literatur« einen »Autor von hohen Graden des öffentlichen Bekanntheits und Ansehens« vor, es ist jener Richard Billinger, den die Nazipresse ihren Lesern gern als ihr Patenkind vorsetzt. In seinem neuen Roman macht er aus der ländlichen Natur eine solch goldene Kitschidylle, daß man daran erkennt, wie tief der S.-Fischer-Verlag gesunken ist, der jetzt solchen Mist bringen muß. Alles ist »mit einer Träne im Auge gegeben«:

»Kaum einmal gibt es einen Satz von sachlich-schamhafter Aussage. Die Erdbeeren »hocken in ihren Blattnestlein«, der Pfarrer hat ein »goldundiges Brovierbuck«, den Säugling im polsterüberhöften Wagen sieht man »den Schlaf loben«, die Kornfelder beginnen sich »ina goldene Hemde ihrer Erntehochzeit zu hüllene«, das Mittagessen »hat in der Gesindestube schon seine Feier gehalten«, der Blitz »beschaut sich schambar und ewigkeitsnaekt in der Spiegelscherbe«, die Kanzlei »beherbergt den Pfeifenrauch«, und so geht das hunderte Seiten. Dazu ist eine hemmungslöse Verkleinerungs-, nein Verniedlichungsmanie eingerissen.«

Der Kritiker schüttelt den Kopf über die »zertätschelte Deutsch« und über die ganztägliche Blubo-Belletristik:

»Während politisch Grenze um Grenze der innerdeutschen Länder dahinsinkt, vollzieht sich literarisch der umgekehrte Vorgang: jedes Land, jede Landschaft, jeder Stadtbezirk und Waldwinkel besinnt sich mit großer Heftigkeit auf seine Eigenart, und statt zu einer hohen Literatur zu kommen, wie es in unserer klassischen Zeit das Bestreben der Genies und Talente war, trachten die einzelnen sich so viel wie möglich als Vertreter ihrer Geburts- und Heimatlandschaft darzustellen . . . und wir gelangen zu einer Literatur, so bunt-scheckig wie ein Teppich aus Flick-

stoffen, einer Literatur, nicht groß, nicht bindend, nicht die Volkswerdung in der fortwährenden Schöpfung der einen hohen Sprache begünstigend und vertiefend, sondern sie hintanhaltend, versplittend, ja verunreinigend.«

Einen Schritt weiter und der Kritiker müßte erkennen, daß eben jeglicher völkische Rummel horizont-verengernd wirkt, aber dieser einen Schritt weiter brächte den Mann schon ins Konzentrationslager.

Die Mameluckenzucht.

In der hitlerdeutschen Literatur ist noch zuviel Freiheit, das neue Pressezensurgesetz genügt noch nicht, der Schriftleiter darf noch immer zuviel Material selbst auswählen. Das muß aufhören. Man liest in gleichgeschalteten Blättern:

»Um die Förderung junger deutscher Schriftsteller noch intensiver zu betreiben als bisher, wird die Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums den Tageszeitungen Manuskripte zum Vorabdruck übermitteln. Die Reichsstelle erläßt einen Aufruf an alle deutschen Schriftsteller, die glauben, durch ihre Schriften dem deutschen Volke Werte übermitteln zu können, ihre Manuskripte möglichst umgehend der Reichsstelle einzusenden, damit sie bei positiver Beurteilung schnell den Weg zu Volk und Leser finden.«

Eine neue Steigerung der Mameluckenzucht! Hunderte Federn werden sich bemühen müssen, das Wohlgefallen der Zensoren dieser Reichsschrifttumsstelle zu erringen, um empfohlen zu werden. Hunderte Schriftleiter werden sich gezwungen sehen, dem von Göbbels Beamten ausgewählten Mist Platz zu schaffen, um den braunen Zensoren nicht unangenehm aufzufallen. Platz für die jeweilige braune Clique!

B. Br.

Was Hitler Streicher versprochen hat:

Deutschland in 5 Jahren judenrein! — Systematische Judenaustreibung beschlossen

Der unvergeßliche Albert Londres stellte einst die Frage: »Jude wohin?« Die aktuelle Zuspitzung lautet: Deutscher Jude — wohin?

Als Hitler an die Macht kam, wohnten im Reichsgebiet rund 560.000 Juden, heute sind es knapp 450.000. Der politische Anteil an dieser Abwanderung kann mit 20.000 beziffert werden. Die übrigen? Vortrupp einer großen Menschengruppe, die langsam aber systematisch hinausgetrieben wird aus der bisherigen Heimat. Konsequenter wird jener Programmpunkt erfüllt, dessen Durchführung die geringsten Schwierigkeiten bereitet und außerdem immer wieder demagogische Bedürfnisse mühelos befriedigen kann.

Man ist nicht mehr so laut und hysterisch wie am 1. April 1933. Aus der Auslands-Reinigung hat man gelernt, die Taktik ist jetzt klüger: Würgend, aber beinahe unauffällig, wird das Netz der Verordnungen und Ausnahme-gesetze um den Hals des deutschen Juden zusammengezogen. Er wird, nur um das nackte Leben vor dem Verhungern zu retten, das Land verlassen müssen. Flucht aus Kleinstadt in Großstadt genügt nicht mehr, um wenigstens die ärgste Lebensgefahr zu bannen; heute rückt die ganz andere Notwendigkeit unbarmherzig näher: Auswanderung der deutschen Juden in ihrer Gesamtheit!

Als ob es noch eine Frage wäre! Die Situation der Juden in Deutschland ist so durchsichtig und eindeutig, daß heute nur noch das Problem diskutiert werden darf: Wie und wohin? Es ist auch schon das Grundthema aller jüdischen Zeitungen. Daß in der Großstadt kein Jude von einem SA-Rowdy auf der Straße mehr niedergeschlagen wird, ist nur Teil des neuen Judenplans. Die Judenpolitik des Nationalsozialismus ist seit der Machtergreifung stark modifiziert worden. Zunächst bestand nur die Absicht, die Juden aus allen Ämtern, Berufen und Positionen hinauszuerwerfen, sie in den Ghettozustand vor der französischen Revolution zurückzuwerfen, also in völlig isolierten Zustände im Lande immerhin noch zu »dulden«. Mit dem schrittweisen Vordringen Rosenbergs und Streichers ist aber dann das Ziel dahin abgeändert worden, daß allmählich der jüdische Bevölkerungsteil überhaupt aus dem Lande ausgeschlossen werden soll. Es wird immer einige Konzeptionsjuden geben, wie etwa den Reemtsma-Generaldirektor David Schnur, der erwiesenermaßen seit 1930 sich teils durch Rieseninsätze an den Nazi-Parteiverlag Eher, teils durch sehr metallische Ehrengeschenke an Göring beizeiten den Platz im Dritten Reich sicherte.

Hitler, den die unentwegt deutsch-bewußten Juden für »garnicht so schlimme« halten, hat sich erneut ausdrücklich mit seinem Freunde Streicher und dessen Pogromhetze solidarisch erklärt. Auch

Reichsinnenminister Frick erklärte kürzlich in einer Nürnberger Rede:

»Ich möchte mit diesem Zusammenhänge der großen Verdienste unseres Pp. Julius Streicher gedenken, der seit über einem Jahrzehnt nicht müde ward, auf das zersetzende Judentum immer wieder hinzuweisen, und ich glaube, wir sind seiner Zielsetzung in unserer zweijährigen Regierungszeit doch schon nahe gekommen, auf jeden Fall weiter gekommen.«

Der Vernichtungsfeldzug hat auf der ganzen Linie eingesetzt. Schacht hat sich zwar in seiner Leipziger Rede der internationalen Geschäftswelt als Schutzgott der deutschen Wirtschaftsjuden präsentiert; aber in der Praxis sieht das so aus, daß er, beispielsweise, neben anderen Maßnahmen alle ihm unterstellten Behörden angewiesen hat, »mit allen Mitteln die jüdische Auswanderung zu fördern«. Man kann sich die »Mittel« und die »Förderung« vorstellen.

Dem »Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens«, der bisher in ungebrochener Männertreue die deutschen Belange hoch hielt, ist aufgegeben worden, sowohl aus seinem Vereinsnamen wie auch aus dem Titel seiner Zeitung die Flagge »deutsch« zu streichen. Auch allen anderen jüdischen Organisationen. Der sogenannten »Reichsvertretung der Deutschen Juden« wird es binnen kurzem nicht anders ergehen, obwohl deren Präsident Dr. Baeck einst, in großer Zeit, Feldrabbiner gewesen ist und die deutschen Juden für den Heidentod fürs Vaterland begeistert hat. A propos: Heidentod. Als der »Reichsbund jüdischer Frontsoldaten« jüngst beim Volkstrauertag seine Volkverbundenheit durch eine Kranzniederlegung beim Berliner Ehrenmal zum Ausdruck bringen wollte, wurde der Kranz — es sind 1200 Juden für dieses Vaterland gefallen — behördlicherseits sofort wieder entfernt.

Dabei gebärden sich diese Deutschbewußten immer noch so, wie wenn das wiederholt schon angekündigte und wahrscheinlich nun bald kommende »neue Judengesetz« doch »nicht so schlimm« sein werde. Ja, der Frontsoldatenbund gibt, trotz allem, nicht die Hoffnung auf, daß man die deutschen Juden dennoch in die allgemeine Wehrpflicht einbeziehen werde. Die bisherige Frontkämpfer-Ausnahme, die man damals dem alten Hindenburg konzedieren mußte, ist natürlich durch die nationalsozialistische Wirklichkeit schon längst korrigiert. Gibt es denn nicht mehr jüdische Rechtsanwälte? Am 1. Jänner 1935 zählte man in diesem Beruf 18.730 Arier und 2700 Nichtarier. Doch der Rechts-Osef des Dritten Reiches Frank II, hat bereits ein Gesetz angekündigt, das jüdischen Anwälten »in kürzester Zeit jede Ausübung einer Tätigkeit vor deutschen Gerichten unmöglich machen soll. Zur Referendarprüfung sind Juden überhaupt nicht mehr zugelassen. Und die Aerzte? Die älteren »dürfen noch prakti-

zieren« und ebenso einige Frontkämpfer. Aber Herr Frick hat bereits vorgesorgt und den Krankenkassen vorgeschrieben, daß Verträge mit jüdischen Aerzten nicht mehr erneuert und Nichtarier »in absehbarer Zeit« nicht mehr beschäftigt werden dürfen. Jüdische Medizinstudenten ist jedes Staatsexamen verweigert. Jüdische Apothekenbesitzer müssen binnen zwei Jahren ihre Apotheken an Arier abtreten, sonst Enteignung. An der Berliner Universität halten es noch rund 60 jüdische Studenten aus, obwohl generelles Prüfungsverbot für Nichtarier besteht. Die Reichsschriftentumskammer hat zum 1. April auch die letzten nichtarischen Mitglieder, auch wenn sie Frontkriegerpaß hatten oder altgediente Veteranen waren, hinausgeworfen. (Nur Ludwig Fulda hat man vergessen, weil man ihn schon für tot hielt.) Sie können nirgends mehr schreiben, außer in den ohnedies überladenen jüdischen Zeitungen und Zeitschriften. Binnen zwei Jahren soll auch das gesamte deutsche Verlagswesen vom zersetzenden jüdischen Einfluß geläubert sein; desgleichen der Buchhandel.

Handel und Wirtschaft letzte Rettung? Daß man auf dem Lande und in der Kleinstadt den jüdischen Geschäftsleuten mit Brachialgewalt zuleibe ging und die christlich-deutsche Konkurrenz die Geschäfte einfach wegnahm, ist ja nach zwei Jahren schon vergessen. Doch in den Großstädten tut doch niemand etwas den jüdischen Kaufleuten? Wer die richtige Antwort darauf haben und wer wissen will, wie die Zukunft der Juden auch in der deutschen Wirtschaft aussehen wird, lese eine vor wenigen Tagen erschienene Sonderbeilage des »Westdeutschen Beobachters«. Streicher schrieb ihr das zielweisende Geleitwort; aber der übrige Inhalt bringt es sogar fertig, dieses Motto zu übertreffen. Von der Drohung mit Selbsthilfe bis zur Ankündigung vernichtender gesetzgeberischer Maßnahmen fehlt nichts. Die von einigen Nazi-Juden durch langjährige fleißige Geldhergabe an die NSDAP demonstrierte »unlösbare Verbundenheit mit der deutschen Wirtschaft« imponiert der arischen Konkurrenz absolut nicht. Als Ziel wird proklamiert: Hinaus mit den Juden aus der deutschen Wirtschaft! Nicht nur die Kapitalisten! Sämtliche Arbeitsgerichte und vorgeordnete Instanzen stellen sich, offenbar auf höhere Weisung, seit einiger Zeit in ihren Urteilen auf den grundsätzlichen Standpunkt, daß »Entlassung jüdischer Angestellter nicht sittenwidrig« sei, auch wenn sie vollkommen grundlos erfolge.

Wo »einfache Maßnahmen« nicht ausreichen und man ohne weiteres das Konkurrenz-Unternehmen noch nicht stehlen kann, müssen Boykott und Infamierungen helfen. Soweit an Importfirmen überhaupt noch Devisen zugeteilt werden, sind jüdische Unter-

nehmen schon von vorneherein ausgeschaltet. seinen nichtarischen Intimuswohltat; im übrigen aber ist er auch für endgültige Aufordnung der deutschen Wirtschaft, allerdings unter Beibehaltung altgewohnter Drehs.

Die Verbannung der Juden aus dem kulturellen Leben ist, wie der Erfolg zeigt, den arischen Herren Deutschlands vollkommen geglückt. Was hätten jüdische Künstler von Weltruf und jüdische Nobelpreisträger auch noch in neudeutscher Kunst und Wissenschaft zu suchen. Dem Jüdischen Kulturbund gestattet man noch gnädigst, sich über das Ghetto-Dasein hinwegzutäuschen; aber wenn er es wagt, den Saal der Berliner Philharmonie für eine besondere Veranstaltung zu mieten, wird dem betreffenden Etablissement mitgeteilt, daß es im Wiederholungsfalle auf einen Boykott zu rechnen habe. Im Charlottenburger Opernhaus erscheint in der Vorstellungspause der Intendant vor den Vorhang und ersucht die etwa anwesenden Juden sofort das Haus zu verlassen, da die Herren Hitler und Göbbels soeben ihren Besuch angekündigt hätten.

Begreift das deutsche Judentum allmählich, was ihm bevorsteht? Erkennt es die Tragödie, die ihm unentrinnbar beschieden ist? In den jüdischen Kreisen, die sich der Wirklichkeit gegenüber nicht mehr blind verhalten und sich durch keine augenblickliche »Konjunktur« blenden lassen, wird bereits sehr ernsthaft und eingehend ein Auswanderungsplan erörtert. Man rechnet damit, alljährlich ungefähr 40.000 Juden aus Deutschland auswandern lassen zu können, sodaß in etwa 10 Jahren sämtliche Juden Deutschland verlassen haben werden. Ob jedoch dieser Zehn-Jahresplan noch den heutigen Erfordernissen entspricht, ist mehr als zweifelhaft, wenn man liest, daß Streicher neulich in einer Versammlung triumphierend verkünden konnte: Er habe vom Führer das bindende Versprechen, daß Deutschland spätestens in fünf Jahren vollkommen judenrein sein werde! In der Judenfrage hält Adolf Hitler bekanntlich sein Wort ... Ernst Funke.

Seminar statt Leichenschauhaus

Wenn wir uns nicht irren, war der Marxismus schon längst tot. Nun macht die »Hochschule für Politik« aber eine neue Fakultät auf, sie hat den Namen »Antimarkxistisches Seminar« erhalten. Wozu eigentlich noch ein antimarkxistisches Seminar, wenn der Patient längst tot ist? Dann sollte man ihn doch lieber ins Leichenschauhaus oder in die medizinische Fakultät bringen, wo er näher untersucht werden kann, soweit man für seine Anatomie noch nachträglich Interesse hat. Offenbar sind die Aerzte des Dritten Reiches sich doch noch nicht ganz klar darüber, ob der Patient wirklich tot ist. Er wird wohl noch leben — denn wozu sonst ein antimarkxistisches Seminar? Gegen Leichen braucht man doch keine »Wissenschaft« mehr, denn die wehren sich nicht. Also lebt er doch noch?

Berlin 1935

Die größte und berühmteste deutsche Altistin, allen deutschen Liebhabern des Gesanges, aber auch jenseits des Ozeans als Gast der Metropolitan Opera wohlbekannt, Sigríd Onegin, gab vor kurzem in der Berliner Philharmonie ein Konzert, was ihr ausnahmsweise gestattet worden zu sein scheint; denn in der Staatsooper oder der Städtischen Oper darf sie nicht mehr auftreten, da sie mit einem »Nichtarier« verheiratet ist, von ihm ein Kind hat und seit Hitlers Sonnenaufgang in Zürich lebt. Es waren nicht gerade Nazis, die sich zu diesem einzigen Konzert bis fast auf den letzten Sitz eingefunden hatten. Beifall über Beifall, ähnlich wie bei Furtwängler, nach dessen letztem Konzert der »Angriff« hämisch bemerkte, daß weniger aus künstlerischen Gründen applaudiert worden sei ... Und dabei ist Furtwängler wirklich kein Gegner des verbrecherischen Dritten Reiches!

Sigríd Onegin sang also schön wie immer die einzelnen Nummern des gedruckten vortrefflichen Programms, es kam die Pause und als das Klatschen der Zuhörer nicht aufhören wollte, gab die Künstlerin die erste Zugabe. Sie sang das Lied »Die Mutter bei der Wiege« von Matthias Claudius in der Vertonung von Karl Löwe. Die erste Strophe lautet:

Schlaf, süßer Knabe, süß und mild!
Du deines Vaters Ehrenbild!
Da bist du; zwar dein Vater spricht,
Du habest seine Nase nicht,
Es schließt mit den Worten:
Hab immer seine Nase nicht,
Und habe nur sein Herz!
Nun wollte der Beifall recht nicht enden ... Es kam der zweite Halbtel und im

Anschluß daran wieder eine Zugabe. Was? Etwas ganz Unpolitisches! Von einem Dichter, dessen Gebelne ebenfalls längst vermodert sind:

Feiger Gedanken
Bängliches Schwanken,
Weibisches Zagen
Aengstliches Klagen
Wendet kein Elend,
Macht dich nicht froh.

Allen Gewalten
Zum Trutz sich erhalten,
Nimmer sich beugen,
Kräftig sich zeigen,
Rufet die Arme
Der Götter herbei.

Wenn der Wagen der Onegin Pferde gehabt hätte, wären sie ausgespannt worden. So mußte sich die begeisterte Menge damit begnügen, das Auto der Künstlerin zu umringen und ihr Huldigungen zuzurufen.

Im Reichspropagandaministerium und bei der Gestapo schlug man am nächsten Tage, als die Meldung des Beobachters über den Verlauf des Konzertes eintraf, sofort nach und stellte betreten fest, daß dieser Matthias Claudius 1740 geboren, also noch älter als der alte Goethe ist. Mißlich, da einzuschreiten ... Man blamiert sich zu leicht und man hat es wirklich nicht mehr nötig ...

Ueberraschenderweise wurde trotzdem wenige Tage später ein offenbar schon vor dem Konzert vereinbartes Auftreten der Künstlerin im Deutschlandsender von der Tagespresse angekündigt. Es fand leider nicht statt, da, wie gemeldet wurde, die Sängerin durch einen Unfall in Mannheim verhindert worden ist, nach Berlin zu reisen ...

Der krumme Buckel

Kritik mit Rückversicherung.

Wenn ein deutscher Zeitungsschreiber der Ueberzeugung Ausdruck geben möchte, daß die deutsche Filmkunst auf dem Nullpunkt angelangt sei, so nagt er erst eine Stunde am Federhalter und singt dann eine Lobeshymne auf die »unumstrittene Güte« der deutschen Filmerei, um schließlich in einigen schüchternen Worten zu gestehen, was er eigentlich sagen wollte. Vor uns liegt ein Aufsatz aus der Kölnischen Volkszeitung: »Kino und Volk.« Wir lesen: »In keinem Lande der Welt hat sich eine Regierung so viele Mühe gegeben, die Herstellung guter Filme zu überwachen und zu begünstigen.« Wir lesen: »Ganz unstrittig hat die energische und straffe Durchführung des Göbbelsschen Reformprogramms ihre Früchte gezeitigt.« Wir lesen: »Der deutsche Film ist heute zu einem entscheidenden Erziehungsfaktor der Nation geworden.« Und schließlich nach 23 lobenden Haupt- und 33 jubelnden Nebensätzen heißt es:

»Man wird aber auch ehrliche Klarheit darüber behalten, daß dieser Reinigungsprozeß zunächst einmal verneinenden und abgrenzenden Charakter annehmen mußte. Gerade diejenigen, welche es mit dem neuen deutschen Film am ernstesten meinen, haben sich nicht entgehen lassen, daß einige ausländische Spitzenfilme auch uns noch neue Wege weisen können.«

Daß Göbbels' Filmvernichtungsprogramm »verneinenden Charakter« trägt und den deutschen Film bereits völlig auf den Hund gebracht hat, daß die deutschen Kurbelklavener aus den ausländischen Spitzenfilmen sehr viel lernen könnten, wenn sie dürften, daß gegen-

wärtig nirgends minderwertige Filme gedreht werden als im Hitlerland, weiß außerhalb des Dritten Reiches jeder Urteilsfähige. Ist es nicht eine Schande, wie so ein gleichgeschalteter Kritiker sich drehen und wenden muß, um eine schlichte Wahrheit möglichst gefahrlos durch die Zensur zu bringen? Das eigentliche Symbol Hitlerdeutschlands ist nicht die gepanzerte Faust, sondern der krumme Buckel.

Ihre Träume

Der »Ruhrarbeiter«, das Organ der Arbeitsfront, veröffentlicht das folgende chauvinistische Gedicht:

Und liegt ein Kampf in Trümmern,
Die ganze Welt zu Hauf,
Das soll uns den Teufel kümmern.
Wir haun sie wieder auf.
Wir werden weiter marschieren,
Wenn alles in Scherben fällt,
Denn heute gehört uns Deutschland
Und morgen die ganze Welt.

Sie träumen wieder einmal von Volksherrschaft — bis die Welt wieder in blutiges Chaos verinkt.

Was liest Hitler?

Die Stadtverwaltung von Radebeul bei Dresden hat beschlossen, zu Ehren des Führers und Reichskanzlers im Radebeuler Karl-May-Hain eine Eiche zu pflanzen. Die Stadtverwaltung hat dafür einen besonderen byzantinischen Grund. Wie die »Frankfurter Zeitung« verrät, ist Karl May der belletristische Liebling Hitlers, den er immer wieder liest.

1. Mai 1933 - 1. Mai 1935

Zwei Jahre Zerstörungsarbeit im deutschen Arbeitsrecht

Ich werde keinen größeren Ehrgeiz in meinem Leben besitzen als den, einst am Ende meiner Tage sagen zu können, ich habe dem deutschen Reich die deutschen Arbeiter erkämpft.
(Adolf Hitler auf dem 1. Kongreß der Deutschen Arbeitsfront.)

Da schaffende Volk hat bei den Wahlen zu den Vertrauensräten noch vor dem 1. Mai 1935 Adolf Hitler auf die gestellte Vertrauensfrage mit einem hörbaren Nein geantwortet. Die faschistische Mai-Parade hat kurz darauf bei frostigen Stürmen auch dem erstaunten »Führer« die kalte Schulter der zum Tempelhofer Feld kommandierten Arbeitermassen gezeigt. Hirn und Herz der in die braune Front gepreßten Arbeitsmenschen waren bei ihren eingerollten roten Fahnen. Die »Deutsche Metallarbeiterzeitung« hat die kalte Witterung am 1. Mai 1935 bemerkt und schreibt:

»Der Nationalsozialismus im Betrieb wird solange aufklären, belehren und kämpfen, bis wir alle einig sind . . . Bis es so weit ist, wird uns der letzte Arbeitskammer helfen müssen, um auch diejenigen, die bei jeder Äußerung ihre klassenkämpferischen Gedankengänge nicht verbergen können, zu erziehen.«

Zur gleichen Zeit aber veröffentlicht der »Grundstein« eine Uebersicht »Zwei Jahre nationalsozialistisches Arbeitsrecht«, die wir auch an dieser Stelle registrieren, da sie mit bürokratischer Genauigkeit die systematische Zerstörungsarbeit der Nazis am deutschen Arbeitsrecht zusammenfaßt und Adolf Hitler darüber aufklären könnte, warum er am 1. Mai 1935 so sehr gefroren hat. Der Rückblick über Hitlers »gesetzgeberische Maßnahmen auf dem Gebiet des Arbeitsrechts« soll »eine Anregung zur Selbstbesinnung über das Erreichte, das bereits Geleistete und die sich aus ihm ergebenden Aufgaben der Zukunft zu einer Selbstbesinnung« sein. Der »Grundstein« zählt auf:

Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich — 24. März 1933: Ansetzung der Betriebsräte, Abberufung der gewählten Betriebsräte und wirtschaftsfeindlichen Elemente aus den Betriebsräten. Aufhebung des gesetzlichen Kündigungsschutzes für solche Betriebsangehörige.

Aufbau der Arbeitsfront: Am 2. März Empfang der Delegierten der NSBO durch den Führer. In Zukunft darf in Deutschland nicht mehr von einem vierten Stand geredet werden. Am 22. April Tagung der Landes- und Gauobere der NSBO in München. Ley verkündet den Aufbau der Arbeitsfront.

Auflösung der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933. Besetzung aller Gewerkschaftshäuser, Beschlagnahme aller Wirtschaftsbetriebe der Arbeiterbewegung. Raub der Verbände durch die NSBO. Am 10. und 11. Mai Kongreß der Deutschen Arbeitsfront in Berlin. Ley wird Führer, kündigt auch die Auflösung der Arbeitgeberverbände an, die aber nicht erfolgt.

Gesetz über die Treuhänder der Arbeit vom 19. Mai 1933. Die rechtmäßigen Träger der Tarifverträge werden beseitigt, die laufenden Tarifverträge zunächst dem Schein nach aufrecht erhalten, ihre Sabotage in die Hände der allmächtigen Treuhänder gelegt.

Reorganisation der geraubten Verbände. Es folgen zahlreiche Anordnungen über die Neugliederung und Neuordnung der gewerkschaftlichen Verbände unter Außerkräftsetzung aller Mitgliederrechte. Die gestohlenen Gewerkschaftsvermögen werden der NSDAP geschenkt. Die Rechnungslegung und Kassenkontrolle wird aufgehoben.

Aufgaben der Arbeitsfront: Ley verkündet am 12. August 1933 die »neue Gesellschaftsfront« nach dem Programm der Gelben, am 10. November das Verhältnis zum Unternehmer — Hörigkeit des Arbeiters —. Am 27. November wird die Einzelmitgliedschaft der Unternehmer zur Arbeitsfront verordnet.

Raub der christlichen Gewerkschaften: Am 27. November 1933 wird die Zerschlagung der christlichen Gewerkschaften formell abgeschlossen. Verkündung von »Kraft durch Freude«, die faschistische Reglementierung des Arbeiters in seiner Freizeit.

Eingliederung der Arbeitsfront in die NSDAP. Adolf Hitler verkündet am 24. Oktober 1934 »endgültige

Wesen und Ziel der Deutschen Arbeitsfront, die als Glied der Hitler-Partei ihre Selbständigkeit aufgeben muß.

Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit. Am 12. Januar 1934 wird das Arbeitssklavengesetz als die neue Sozialverfassung des Dritten Reiches proklamiert. Ein Gesetz zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen wird als das dazu gehörige Seitenstück am 23. März 1934 erlassen. Die faschistische Arbeitsverfassung überträgt den Führungsgrundsatz im Staate auf den Betrieb. Der Unternehmer wird Führer seiner Gefolgschaft — jeder Unternehmer ist Hitler im Betrieb. Das Rechtsverhältnis des Arbeiters zu dem Unternehmer wird in ein Gewaltverhältnis — »Treueverhältnis« — umgewandelt. Jede kollektive Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und das Arbeitsvertragsverhältnis werden aufgehoben. Die Tarifverträge werden durch diktatorisch erlassene Tarif- und Betriebsordnungen ersetzt, soweit nicht der Unternehmer die von ihm verfügte Einzelregelung vorzieht. Das Lohndiktat verfügt der Treuhänder, der Unternehmer. Das nationalsozialistische Denken der Arbeiter und Angestellten wird obrigkeitlich durch die »Soziale Ehrengerechtigbarkeit« sichergestellt.

Arbeitsrechtsschutz: Die neue Arbeitszeitordnung vom 26. Juli 1934 und die Novelle zur Bäckereiverordnung vom 28. September 1934, sowie das Gesetz über die Heimarbeit heben die früheren Schutzbestimmungen auf und machen die Ausnahmen von der gesetzlich zulässigen Höchstarbeitszeit zur Regel. Die Entscheidung liegt bei den Unternehmern und ihren Treuhändern.

Arbeitsgerichtsbarkeit. Durch das neue Arbeitsgerichtsgesetz vom 10. April sind die Richtlinien aus dem Arbeitssklavengesetz auf die Arbeitsgerichtsbarkeit übertragen worden. Es gibt keine unabhängigen Arbeitsrichter mehr, wie sie früher von den Gewerkschaften gestellt wurden, es fehlen die Vertrauenspersonen, die früher dem Arbeiter und Angestellten vor dem Arbeitsgericht zur Verfügung standen. Die Richter sind Unternehmer oder unternehmerfreundliche Personen aus der Arbeitsfront. Die Arbeitsgerichte werden von den Arbeitnehmern kaum noch angerufen, da sie dort kein Recht für den können.

Arbeitsstrafrecht: Das Gesetz vom 26. Mai 1933 enthält verschärfte Strafandrohungen gegen die »Untreue des Arbeitnehmers«.

Im »Grundstein« bleiben weitere Zerstörungsmaßnahmen gegen die frühere Sozialpolitik unerwähnt. So ist der Kündigungsschutz der Angestellten durch die Auflösung der Berufsverbände

unwirksam gemacht worden. Die Grundrechte der Koalitionsfreiheit und Versammlungsfreiheit sind beseitigt. Die Sozialversicherung ist jeder Selbstverwaltung durch die Versicherten entledigt, die Leistungen sind weitgehend abgebaut. Die Freizügigkeit ist durch das Arbeitseinsatzgesetz und ein Gesindebuch — »Arbeitsbuch« aufgehoben. Jeder Schutz gegen Maßregelung durch den Unternehmer hat aufgehört. Betriebsappelle, Werkscharen usw. dienen der Militarisation des Arbeitsverhältnisses. Der Klassenkampf ist »abgeschafft«, indem die Klasse der Unterdrückten dem Betriebsabsolutismus des Betriebsführers unterworfen und die Arbeitnehmer durch die vorgeschriebene Unorganisiertheit wehrlos gemacht werden.

Nach dem »Grundstein« steht die Schaffung eines Arbeitsschutzgesetzes noch zu erwarten. Die noch nicht aufgehobenen sozialen Schutzbestimmungen über Sonntagsruhe, Ladenschluß und über Arbeitsaufsicht sollen im Sinne des erwähnten Arbeitsordnungsgesetzes nach nationalsozialistischen Grundsätzen volksgemeinschaftlich revidiert werden. Die zwischen den Kündigungsfristen der Angestellten und Arbeiter noch bestehenden Unterschiede werden »ausgeglichen.« Der »erhöhte« Kündigungsschutz im Dritten Reich wird erreicht, indem die günstigeren Bestimmungen der Angestellten den schlechteren Bestimmungen für die Arbeiter gleichgemacht werden.

Personalpolitik im eigenen Hause: Die Abschaffung der Sozialpolitik und der Geldbedarf des Reiches aus den Beitragsgeldern der Arbeitsfront haben dazu geführt, daß zunächst im eigenen Betrieb der Arbeitsfront eine Reorganisation des Personals vorgenommen werden mußte. Von 13.000 Kündigungen, die mit Wirkung Ultimo März, Juni und September vorsorglich ausgesprochen worden waren, sind 7000 bestehen geblieben. Mehrere Tausend Angestellte sind zum 1. April bereits ausgeschieden. Bei dem Arbeitsgericht Berlin laufen zur Zeit noch 5000 Einspruchsklagen von gekündigten Angestellten der DAF. Bis zum 15. März waren an Abfindungen die Summe von 1.300.000 Mk. ausgezahlt worden. Diese große Summe ist aber einer zahlenmäßig kleinen Gruppe von hauptsächlich leitenden Personen des früheren Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes zugute gekommen.

Die vom »Grundstein« veröffentlichte Zweijahresbilanz nationalsozialistischer Arbeitsrechts wird bestimmt ihren Zweck nicht verfehlen und viel Anregung »zur Selbstbesinnung« geben.

Außer diesen 64.000 Tonnen sind weitere deutsche Käufe von Walöl in Aussicht genommen.

Offiziell heißt es, daß das Walöl zur Margarineproduktion benötigt wird. Da aber die deutsche Margarineerzeugung in den letzten Jahren vor Hitler ohne Walöl ausgekommen ist, da außerdem die Margarineerzeugung in den Jahren 1933 und 1934 erheblich eingeschränkt worden ist, so ist dieser Grund kaum plausibel. In Wirklichkeit wird das Walöl eben für kriegsindustrielle Zwecke Verwendung finden.

Es ist unanständig . . .

Gauleiter Bürckel, Frankfurt a. M., veröffentlicht eine Anordnung, in der es u. a. heißt:

»In den in der Presse bekanntgegebenen Einzeldarstellungen der Spenden für Beseitigung der Elendwohnungen befinden sich mehrere solcher Spenden von Juden. Ich weise alle politischen Dienststellen darauf hin, daß es unanständig ist, von Juden Geld zu nehmen, wenn man aus völkischen Gründen zur jüdischen Rasse eine gegensätzliche Stellung einnimmt.« Bereits vereinnahmte Beträge sollen unverzüglich zurückgezahlt werden.

Wir sind gespannt, ob nunmehr auch die beschlagnahmten und in anderer Weise gestohlenen jüdischen Vermögen in den Besitz ihrer Herren zurückwandern, oder ob die »Anständigkeit« eine Grenze hat.

Wohlfahrt oder Erpressung?

In Berlin wurde eine Reichstagung der Gaukassenverwalter der NS-Volkswohlfahrt abgehalten. Hauptamtsleiter Hilgenfeldt betonte laut deutschen Presseberichten in seiner Rede:

»es werde mehr und mehr im Vordergrund der durch die NSV geleisteten Arbeit nicht die materielle Unterstützung stehen, sondern die neue weltanschauliche Sicht. Es werde notwendig sein, in sittlichen, seelischen, charakterlichen und geistigen Dingen dem deutschen Volke in die untersten Schichten hinein eine neue Haltung zu vermitteln.

Den Hungernden sollen also statt des Brotes noch mehr Phrasen angeboten werden, und materielle Unterstützung wird überhaupt nur als Prämie für politisches Wohlverhalten gewährt. Küß den Stiefel, der dich tritt, oder verrecke!

Ein Mißg.

Die deutschen Zeitungen . . . Der 22jährige Paul S. . . wurde jetzt in Haft genommen, weil er am 30. April einen ausländischen Delegierten des Internationalen Filmkongresses in Berlin in gröblicher Weise beleidigt und damit das Ansehen des Reiches auf das schwerste gefährdet habe.

Daß sich diese Burschen die einfachsten Regeln nicht merken können! Nur deutsche Staatsbürger dürfen beleidigt, tätlich angegriffen, gelegentlich auch totgeschlagen werden. Ausländer sind, selbst wenn sie der jüdischen Rasse angehören, von diesen Segnungen der deutschen Volksgemeinschaft ausgeschlossen.

Beschäftigung, Löhne und Profit

Die Industrie- und Bank-Aktiengesellschaften, die in der letzten Zeit ihre Jahresberichte veröffentlicht haben, weisen in der überwiegenden Mehrheit nach erheblichen Abschreibungen einen höheren Reingewinn und höhere Dividenden als im Vorjahre aus. Die Milliarden Reichsmark, die die Hitlerregierung in den verschiedensten Formen dem Privatunternehmen als Subventionen geschenkt hat, haben insofern für die Kapitalisten die erwartete Wirkung gehabt. Für die Kapitalisten — für die Arbeiter nicht!

An ein paar wahllos aus den Bilanzen der letzten Wochen herausgegriffenen Beispielen sei nachgewiesen, wie die zunehmende Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiter und Angestellten immer weiter fortschreitet. Sie kommt in dem Sinken des Lohnanteils an den Produktionskosten und in der geringen Steigerung oder gar Senkung der Gesamtlohnsumme bei höherer Belegschaftsziffer als in früheren Jahren zum Ausdruck.

So betrug der Anteil von Lohn und Gehalt auf je eine Tonne geförderte Kohle bei der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. 1933 5.44 Reichsmark, 1934 5.37 Reichsmark, bei den Gruben der Rheinstahl-A.-G. 1933 6.58 RM, 1934 6.42 RM, bei der Harpener Bergbau-A.-G. 1932 6.07 RM, 1933 5.97 RM. Durchweg ein Rückgang des Lohnanteils, der in den Lohn- und Gehaltskürzungen und teilweise in einer höheren Ausnutzung der Produktionskapazität begründet ist, die damit nur den Kapitalisten Vorteile gebracht hat.

Dramatischer wirkt die Gegenüberstellung der Gesamtlohnsumme und der Beschäftigtenziffer bei dem der Familie Haniel gehörenden

Gute-Hoffnungs-Hütte-Konzern. Es betragen:

	1931/1932	1933/1934
Löhne u. Gehälter	77 Mill. RM.	76 Mill. RM.
Beschäftigtenziffer	31.100	42.500

Obwohl die Beschäftigtenziffer um 11.400, also um rund 36 Prozent gestiegen ist, ist die Gesamtsumme an Löhnen und Gehältern noch um 1 Million Mark zurückgegangen!

Die Maschinenfabrik Schubert & Salzer in Chemnitz steigerte die Belegschaft von 1933 zu 1934 von 2000 auf 2600, also um rund 30 Prozent. Der Gesamtbetrag an Löhnen und Gehältern stieg jedoch nur um 23 Prozent.

Genau so ist das Bild, das die Berichte über das letzte Geschäftsjahr bei den Banken bieten. Höhere Umsätze, höhere Gewinne — aber geringere Summen für Löhne und Gehälter. Die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt z. B. steigerte im letzten Jahre ihren Umsatz um dreiviertel Milliarden Mark, aber die Lohn- und Gehaltssumme ist von 9.93 Millionen RM auf 9.54 Millionen RM gesunken.

Diese einwandfreien Zahlen aus dem Dritten Reich belegen den kapitalistischen Charakter der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik lickenlos.

Alles für die Kriegsvorbereitung

Schon im vorigen Jahre kaufte das Reichsernährungsministerium 150.000 Tonnen norwegisches Walöl. In diesem Jahre haben einige Staaten Vorabschlüsse für Walöl aus dem bevorstehenden Fang getroffen. Darunter befindet sich auch Deutschland, das sich aus dem Südpolarfang der Ernte 1934/1935 64.000 Tonnen Walöl gesichert hat. Es zahlt für die Tonne 15 Pfund Sterling, während der Preis im Vorjahre nur 10 Pfund Sterling betrug.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Grafica«; alle in Karlsbad. Zeitungstafel bef. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien £ 4.— (Sb. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 4.40 (48.00), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-193.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.